

Karl-Dieter Hoffmann

**“Pugna de poderes” und
“ingobernabilidad”:**

**Ecuadors politisches Institutionengefüge
im Dauerstreß**

**MESA
REDONDA**

**Neue Folge
No. 10**

MESA REDONDA

erschien in den Jahren 1985 bis 1994 als Arbeitshefte des Instituts für Spanien- und Lateinamerikastudien der Universität Augsburg (ISLA). Eine Liste der bisher erschienenen Titel befindet sich am Ende dieses Hefes.

Seit Januar 1995 entsteht MESA REDONDA in Zusammenarbeit der drei folgenden Institute:



Institut für Spanien- und Lateinamerikastudien (ISLA)
Universität Augsburg
Universitätsstraße 2
D 86159 Augsburg



Zentralinstitut 06
Sektion Lateinamerika
Universität Erlangen-Nürnberg
Findelgasse 9
D 90402 Nürnberg



Zentralinstitut für Lateinamerika-Studien
Katholische Universität Eichstätt
Ostenstraße 26-28
D 85071 Eichstätt

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

ISSN 0946-5030

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung der Herausgeber.

Karl-Dieter Hoffmann

**“PUGNA DE PODERES” UND
“INGOBERNABILIDAD”: ECUADORS
POLITISCHES INSTITUTIONENGEFÜGE
IM DAUERSTREß**

Eichstätt 1998

Katholische Universität Eichstätt

Zentralinstitut für Lateinamerika-Studien

Februar 1998

DV 343 350 50

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung	S. 5
Ecuador: Funktionsdefizite des politischen Systems und das Problem der <i>ingobernabilidad</i>	S. 8
- Grundzüge des Parteiensystems	S. 14
- Exekutive und Legislative: Wie dysfunktionale institutionelle Regeln die <i>pugna de poderes</i> und die Gefahr der <i>ingobernabilidad</i> fördern und verstärken	S. 27
- Politische Kultur und politischer Stil	S. 34
Fazit	S. 45
Literatur	S. 47
Anhang	S. 51



Einleitung

Die große Aufmerksamkeit und Sympathie, die der Ende der 70er Jahre einsetzenden und alsbald an Breite und Intensität gewinnenden (Re-)Demokratisierungswelle in Lateinamerika zuteil wurde, wird nur auf dem Hintergrund der Geschichte der Region verständlich, zu deren dominanten Merkmalen eine chronische politische Instabilität und wiederholte Erfahrungen mit autoritären bis diktatorischen Regimen gehören. Konzentrierte sich das Staunen bis Ende der 80er Jahre auf das Faktum, daß nach und nach alle bis dahin vom Militär regierten Staaten Anschluß an die demokratische Transition fanden, darunter auch solche, die seit Beginn ihrer republikanischen Existenz allenfalls kurzfristige (mehr oder weniger) demokratische Phasen erlebt hatten, ist es gegen Ende der 90er Jahre die Tatsache, daß es mit einer einzigen Ausnahme (Haiti) nicht zur neuerlichen Etablierung autoritärer Herrschaftsverhältnisse gekommen ist, die Beachtung verdient und das Außergewöhnliche des jüngsten politischen Wandels auf dem Subkontinent unterstreicht. Die Zahl der Staaten nimmt zu, die seit der letzten Transition eine längere Periode demokratischer Kontinuität verzeichnen als jemals zuvor in ihrer Geschichte.

Richtete sich das Augenmerk der Politikwissenschaft zu Beginn des politischen Wandlungsprozesses auf die Charakteristika der demokratischen Transition, rückte parallel zur Verstärkung des Demokratisierungstrends bald die Frage nach der Überlebensfähigkeit der neuen demokratischen Systeme in den Mittelpunkt des Interesses, wobei auf der Basis des Wissens um das Schicksal früherer demokratischer Regierungsexperimente die Skepsis überwog. Während weitgehender Konsens darüber bestand, daß die maßgeblich von der Schuldenkrise konditionierten gravierenden ökonomischen und sozialen Probleme große Risiken für die Stabilisierung der jungen Demokratien bargen, diagnostizierten einige Wissenschaftler zudem prinzipielle Schwächen und Defizite des präsidentiellen Regierungssystems, die ihrem Urteil nach das häufige Scheitern der Demokratie in der Vergangenheit mit verursacht hatten und von daher auch kaum Optimismus für eine Konsolidierung der reetablierten demokratischen Ordnungsmodelle zu wecken vermochten. *Juan Linz* und andere Politologen verbanden ihre Kritik mit einem Plädoyer für das parlamentarische Regierungssystem, dem sie eine größere Effizienz bzw. Problemlösungskapazität und (mithin) eine höhere politische Überlebenschance attestierten als dem Präsidentialismus.¹ Sieht man von dem gleich in mehrfacher Hinsicht einen Sonderfall bildenden Haiti einmal ab, haben

¹ Die detaillierteste Ausformulierung der diesbezüglichen Überlegungen und Argumente findet sich in *Linz 1994*.

sich die Bedenken der Kritiker des Präsidentialismus insofern nicht bewahrheitet, als diese Regierungssysteme auch mehr als zehn Jahre nach der erstmaligen Formulierung der entsprechenden Thesen durch *Juan Linz* (1984) allesamt weiter Bestand haben. Allerdings ist ein solcher Befund kaum geeignet, die Argumente von *Linz* und dessen Epigonen wirklich zu entkräften, dafür bleibt er allzu sehr der Oberfläche verhaftet. Voraussetzung dafür wäre, daß sich mittlerweile eine spürbare Konsolidierung der präsidentiellen Demokratien nachweisen ließe. Dies kann aber nur behaupten, wer den Zeitfaktor als wesentliches Element eines demokratischen Konsolidierungsprozesses begreift. Zweifellos erhöhen sich mit der Lebensdauer eines demokratischen Institutionengefüges die *Chancen* einer demokratischen Konsolidierung, von deren Vorhandensein oder Fortschritt indes so lange ernsthaft nicht gesprochen werden kann, wie keine qualitative Veränderung der politischen Kultur erfolgt. Umgekehrt reicht das Faktum einer mangelhaften Konsolidierung der meisten demokratischen Systeme in der Region aber auch nicht aus, um der *Linz*schen Präsidentialismus-Kritik eine solide Basis zu verschaffen. Die von dieser Denkschule behauptete Überlegenheit des parlamentarischen Regierungssystems hat eine intensive und äußerst fruchtbare wissenschaftliche Debatte ausgelöst, in deren Verlauf zentrale Argumente zur Begründung der angeblichen Vorzüge des politischen Alternativmodells in bezug auf den konkreten lateinamerikanischen Kontext auf überzeugende Weise widerlegt bzw. stark relativiert werden konnten.²

Die in vielen Büchern und zahlreichen Artikeln dokumentierte Diskussion hat zum einen deutlich gemacht, daß eine dichotomische Gegenüberstellung von Präsidentialismus und Parlamentarismus wenig nützlich ist, weil auf diese Weise der differenzierten Wirklichkeit der existenten präsidentiellen Systeme nicht Rechnung getragen werden kann. Eine Fundamentalkritik ist fehl am Platz, wenn die von ihr aufgezeigten Mängel nur auf einen Teil der präsidentiellen Systeme zutreffen; damit zielt die Kritik in Wirklichkeit auf bestimmte institutionelle Regelungen und/oder ungünstige politische Konstellationen in einer Reihe präsidentiell verfaßter Demokratien, während andere Regierungssysteme dieses Typs kaum markant schlechter funktionieren als die Mehrheit der parlamentarischen Systeme. Ein genauer Blick auf die Funktionsweise und *performance* der einzelnen präsidentiellen Regierungssysteme erscheint vor allem auch deshalb geboten, weil die Etablierung des parlamentarischen Modells - unabhängig von der Prominenz diesbezüglicher Empfehlungen in Wissenschaftszirkeln - auf absehbare Zeit in Lateinamerika keine realistische (mehrheitsfähige) politische Alternati-

² Eine gute Zusammenfassung der Grundzüge dieser Debatte sowie Argumente zur Widerlegung bzw. Relativierung der *Linz*schen Thesen bieten *Thibaut/Skach* 1994.

ve darstellt: Während das Thema in der Mehrheit der Staaten der Region im Verlauf der demokratischen Transitionsphase kaum Gegenstand ernsthafter Kontroversen bildete, ist es mittlerweile auch in jenen Staaten, wo es zeitweise einige Bedeutung besaß, aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Die politische Zukunft Lateinamerikas muß im Rahmen präsidentieller Regierungssysteme gedacht werden, so daß es vorrangig darum geht, nach Möglichkeiten und institutionellen Reformansätzen zu suchen, die deren Funktionsweise und Leistungsfähigkeit zu verbessern vermögen.³ Zum anderen hat die Debatte über die konkurrierenden Regierungssysteme⁴ die Sensibilität dafür erhöht, daß eine demokratische Konsolidierung nicht allein das Resultat bestimmter institutioneller Arrangements darstellt, sondern von einer ganzen Reihe anderer Faktoren abhängig ist, die vom Typ des praktizierten Regierungsmodells nicht oder nur in geringem Maße beeinflusst werden. Die Betonung dieses alles andere als neuen Aspekts war gerade auch deshalb vonnöten, weil einige Teilnehmer an der wissenschaftlichen Kontroverse dazu neigten, die politische Bedeutung der gewählten demokratischen Systemvariante überzubewerten.

Unstrittig ist, daß die in der *Linz*schen Kritik zu Unrecht in den Rang genereller Negativmerkmale des Präsidentialismus erhobenen Probleme einer ebenbürtigen Legitimität von Präsident und Parlament sowie der Rigidität des Wahlkalenders bzw. der Amtszeit des Staatspräsidenten⁵ unter solchen Bedingungen dysfunktionale Effekte generieren, die der Bildung regierungstragender Mehrheiten im Parlament systematisch entgegenwirken und somit die Chancen einer Umsetzung der Vorhaben der Exekutive drastisch verringern. Die zentrale Determinante einer derartigen, der Effizienz des Regierungssystems und der Konsolidierung der Demokratie abträglichen Konstellation ist ein nicht bzw. nur rudimentär institutionalisiertes Vielparteiensystem und eine ausgeprägte Kräftezersplitterung im Parlament, die Konfrontationstendenzen begünstigt und allenfalls schwache Inzentive zur Formierung stabiler regierungsfreundlicher Mehrheitskoalitionen bereithält.⁶

³ Siehe *Shugart/Carey* 1992: 43 f.

⁴ Einen methodisch nicht über alle Zweifel erhabenen Versuch zur Identifizierung der Bedingungen, die die Überlebensfähigkeit von parlamentarischen und präsidentiellen Demokratien erhöhen, haben *Przeworski et al.* 1996 vorgelegt.

⁵ Siehe *Linz* 1994: 7 ff. sowie - die Argumentationsführung *Linz*scher Prägung kritisierend - *Thibaut* 1992: 113 ff.

⁶ "In presidential systems, high levels of multipartism reduce the size of the president's legislative contingent and hence increase the likelihood that the president will lack a legislative majority or near-majority. Where the presidents lacks this level of legislative support, effective governance will be more difficult, creating a greater opportunity for the emergence of ungovernability

Unter den Staaten der Region, auf die dieses Charakteristikum für zumindest einen beträchtlichen Teil der seit der demokratischen Transition vergangenen Zeitspanne zutrifft, figuriert Ecuador zweifellos als Extremfall: Das Land, dem 1978/79 die Rolle eines Vorreiters der demokratischen Transition auf dem Subkontinent zufiel, hat seither eine Abfolge von Regierungen erlebt, deren politische Handlungsfähigkeit während des größten Teils ihrer Amtszeit durch oppositionelle Parlamentsmehrheiten stark eingeschränkt wurde. Die gravierenden Funktionsdefizite des demokratischen Institutionengefüges ergeben sich im ecuatorianischen Fall nicht allein aus den ungünstigen Implikationen einer Kombination des Präsidentialismus mit einem Vielparteiensystem, zudem werden die daraus resultierenden Negativeffekte durch mehrere Bestimmungen des Wahl- sowie des Parteiengesetzes akzentuiert und zusätzlich perpetuiert. Eine Reform dieser gesetzlichen Vorgaben, deren tatsächliche Auswirkungen den Intentionen ihrer Schöpfer nicht entsprechen und diesen z.T. gar diametral entgegenlaufen ist eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Voraussetzung für eine nachhaltige Effizienzsteigerung der ecuatorianischen Demokratie.

Ecuador: Funktionsdefizite des politischen Systems und das Problem der *ingobernabilidad*

Wie in den folgenden Jahren alle Staaten der Region, in denen das Militär die politische Bühne verließ, knüpfte auch Ecuador an die Tradition früherer demokratischer Phasen an und führte - ohne Erwägung alternativer Möglichkeiten - erneut das präsidentielle Regierungssystem ein. Über die neue Verfassung war in einem Referendum (Januar 1978) entschieden worden, außerdem begleitete ein neues Wahl- sowie die Inkraftsetzung des ersten Parteiengesetzes der ecuatorianischen Geschichte den demokratischen Neubeginn.

Für die Wahl ins Präsidentenamt ist die absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Die Verfassung sieht eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Bewerbern vor, falls keiner der Kandidaten in der ersten Abstimmungsrunde diese Marge erreicht. In allen fünf Wahlen seit 1978 wurde der künftige Staatschef erst in der zweiten Runde

...“ (Jones 1996: 78) Generelle Überlegungen zu den nachteiligen Implikationen einer Kombination des Präsidentialismus mit einem Vielparteiensystem formuliert Mainwaring 1993. Siehe auch Przeworski et al. 1996: 46.

bestimmt. Das bis dahin geltende absolute Wiederwahlverbot wurde durch ein 1994 durchgeführtes Plebiszit reformiert: Nunmehr dürfen ausscheidende Präsidenten nach Ablauf einer Amtsperiode erneut für das höchste Staatsamt kandidieren.

Die Wahl zu dem aus einer Kammer bestehenden Parlament (*Congreso Nacional*)⁷ findet zeitgleich zur ersten Runde der Präsidentschaftswahlen statt. Durch Verfassungsänderungen und in Relation zum Anstieg der Bevölkerung wurde die Zahl der Abgeordneten seit 1979 sukzessive von 69 auf (1996) 82 erhöht. Zwölf Mitglieder des Kongresses sind sogenannte *diputados nacionales*, die auf nationalen Listen für vier Jahre gewählt werden. Alle anderen werden als *diputados provinciales* in den Provinzen gewählt, wobei die Amtszeit dieser Abgeordneten nur zwei Jahre beträgt.⁸ Daher finden jeweils zur Mitte der präsidentiellen Amtsperiode Wahlen zur Neubestellung der Provinzdeputierten statt. Seit dem erwähnten Plebiszit von 1994 dürfen die Kongreßmitglieder unbeschränkt wiedergewählt werden. Die regulären Sitzungen des Parlaments dauern vom 10. August bis zum 9. Oktober jedes Jahres, die Deputierten können darüberhinaus zu außerordentlichen Sitzungen zusammengerufen werden. Zwischen den Sitzungsperioden wird die Funktion der Legislative von fünf Fachausschüssen (*comisiones legislativas*, u.a. für Arbeit und Soziales, Wirtschaftspolitik) wahrgenommen, die jeweils aus sieben Abgeordneten bestehen. Das stärkste Sanktionsinstrument der Legislative gegenüber der Regierung stellt das sogenannte *enjuiciamiento político* (politisches Strafverfahren) dar, bei dem Kabinettsmitglieder, denen Verstöße gegen ihre Pflichten vorgeworfen werden, durch ein entsprechendes Votum des Kongresses von ihrem Posten abgelöst werden können, wenn die Mehrheit der Deputierten nach einer Anhörung des Ministers von dessen Fehlverhalten überzeugt ist.

Auf den ersten Blick nötigt die jüngste demokratische Entwicklungsphase des kleinen Andenstaates dem Betrachter durchaus einigen Respekt ab. Als am 10. August 1996 der populistische Politiker *Abdalá Bucaram* den Eid als neues Staatsoberhaupt ablegte, bedeutete dies den fünften demokratisch legitimierten Präsidentenwechsel in Folge. Niemals zuvor in seiner mehr als 160 Jahre währenden Geschichte als unabhängiger Staat hat Ecuador eine derart lange demokratische Regierungsphase erlebt. Die durch

⁷ Hingegen bestand die Legislative während der Geltungsdauer der letzten Verfassungen aus zwei Kammern.

⁸ Unabhängig von ihrer Einwohnerzahl ist jede Provinz mit zwei Deputierten im Kongreß vertreten, dazu kommt ein zusätzlicher Abgeordneter für jeweils 300.000 Einwohner "o fracción que pase de doscientos mil." (Artikel 79 der Verfassung) Bis vor wenigen Jahren entsandten die kleinsten Provinzen nur jeweils einen einzigen Deputierten ins Parlament.

zahlreiche irreguläre Machtwechsel charakterisierte chronische politische Instabilität hatte dem Land seit 1830 insgesamt 91 Wechsel in der Staatsführung beschert, woraus sich eine durchschnittliche Amtsdauer von 22 Monaten ergibt. Lediglich 24 dieser Regierungen gingen aus direkten Wahlen hervor, die zudem bis weit in das 20. Jahrhundert hinein demokratischen Minimalstandards kaum zu genügen vermochten und häufig von den dominierenden politischen Kräften manipuliert worden waren.⁹

Deutliche Blessuren trug das demokratische Erscheinungsbild des Landes davon, als das Parlament im Februar 1997 nach massiven Protesten der Bevölkerung gegen die von der Regierung beschlossenen harten wirtschaftlichen Austeritätsmaßnahmen die Absetzung des Präsidenten beschloß: weder die Art der Entmachtung *Bucarams* noch die von der Legislative getroffene Nachfolgeregelung - die Wahl des Parlamentsvorsitzenden zum Interimspräsidenten - waren mit den Bestimmungen der geltenden Verfassung in Einklang zu bringen.¹⁰ Andererseits konnte die politische Krise trotz ihres spektakulären Verlaufs - niemals zuvor war die Hauptstadt Schauplatz solch großer Demonstrationen gewesen¹¹ - gemeistert werden, ohne daß sich während der turbulenten Ereignisse eine ernsthafte Gefahr für den Fortbestand des demokratischen Regierungssystems abgezeichnet hätte.¹² Daher könnte das im Vergleich zu früheren Zeiten relativ reibungslose politische Krisenmanagement vom Februar 1997 in einer wohlwollenden Interpretation als Zeichen einer gewissen demokratischen Reife gewertet werden. Eine solche Charakterisierung trifft unter den beteiligten Akteuren noch am ehesten auf das Verhalten der Militärführung zu, die keinerlei eigene Herrschaftsambitionen zeigte und sich stark für eine schnelle politische Lösung des Kon-

⁹ "Podríamos decir que las primeras elecciones generales, libre de interferencias fueron las del año 1948 ..." (*Cabezas 1997: 219*)

¹⁰ Die Verfassung enthält keine Bestimmungen zur Nachfolgeregelung. Im Unterschied zur ersten postautoritären Legislaturperiode, als die Übernahme der Staatsführung durch Vizepräsident *Hurtado* nach dem Unfalltod von Präsident *Roldós* (Mai 1981) völlig unumstritten war, wurde in diesem Fall der Parlamentsvorsitzende *Alarcón* von einer Mehrheit des Kongresses als Übergangspräsident eingesetzt. Am nächsten Tag übergab *Alarcón* das Amt dann an die Vizepräsidentin *Bucarams* (*R. Arteaga*), nur um zwei Tage später nach einem entsprechenden Votum des Parlaments erneut den Platz des Interimspräsidenten einzunehmen. Zur Problematik der Nachfolgeregelung siehe *Cabezas 1997: 227 f., 284*.

¹¹ Siehe *El Comercio* v. 8.2.1997 (Kommentar von Humberto Vacas Gómez: "Impresionante plebiscito cívico")

¹² Zu den Hintergründen der Ereignisse, die in der Absetzung *Bucarams* ihren Höhepunkt fanden siehe *Selverston 1997* sowie *IRELA 1997*. Zur Wirtschaftspolitik der Regierung *Bucaram*, die wesentlich zu deren Ansehensverlust und Sturz beigetragen hat, siehe *Larrea 1997*.

fliktis engagierte.¹³ Verfehlt wäre diese Deutung hingegen im Hinblick auf die maßgeblichen Kräfte in der Legislative, deren Kalkül weniger von gemeinwohlorientierten bzw. staatspolitischen Interessen als in erster Linie von partikularistischen machtpolitischen und wahltaktischen Erwägungen bestimmt wurde. Dabei spielt der parallel zur Absetzung *Bucarams* gefaßte Beschluß, die nächste Präsidentenwahl um zwei Jahre (auf Mitte 1998) vorzuziehen, eine zentrale Rolle - wurde damit doch insbesondere den bei der letzten Wahl knapp geschlagenen Parteien die Chance geboten, ihre Ambitionen früher als erwartet zu realisieren.

Das Verhalten des Parlaments in der Februar-Krise weicht nicht von den Grundzügen des politischen Prozesses ab, der seit Beginn der aktuellen demokratischen Phase im Jahre 1979 durch eine Reihe von gravierenden Mängeln und Defiziten geprägt wird, die einer leidlichen Kooperation der wichtigsten staatlichen Institutionen und mithin der Funktionsfähigkeit des politischen Systems massiv entgegenwirken. Insofern macht sich der historische Rekord von 18 Jahren kontinuierlicher demokratischer Regierungsführung an Oberflächenphänomenen fest, die nicht verbergen können, daß die ecuadorianische Demokratie aufgrund dysfunktionaler institutioneller Regelungen und dadurch bedingter unzureichender Konsolidierungsfortschritte ein wenig effizientes politisches System verkörpert. Auffälligstes Merkmal des politischen Prozesses ist ein Dauerkonflikt zwischen Parlament und Exekutive, der die politischen Energien der Mandatsträger in kurzfristigen machttaktischen Manövern absorbiert und dadurch Lähmungs- und Blockadeeffekte ausgelöst hat, welche die Fähigkeit der Regierung, auf die durch die schwerste Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren erzeugten Probleme und Herausforderungen angemessen zu reagieren, stark beeinträchtigt. Obwohl die defizitären institutionellen Mechanismen das Land zeitweise an die Schwelle der Unregierbarkeit¹⁴ gedrängt haben, scheint von ihnen keine unmittelbare Bedrohung der konstitutionellen Ordnung auszugehen - ein permanentes *muddling through* wurde

¹³ Siehe *Newsweek* v. 24.2.1997. Allerdings behauptete Vizepräsidentin *Arteaga* in einem im Herbst 1997 erschienenen Buch, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General *Paco Moncayo* - ein in Ecuador seit dem Grenzkrieg gegen Peru Ende 1994/Anfang 1995 sehr populärer Offizier -, habe die Krise um *Bucaram* für einen Coup d'Etat ausnutzen und selbst die Präsidentschaft übernehmen wollen, sei mit diesem Plan aber auf die strikte Ablehnung der USA gestoßen. Siehe *Latin American Weekly Report* v. 28.10.1997 ("Arteaga opens a can of worms").

¹⁴ Zur Konzeptualisierung von *governabilidad* und *ingovernabilidad* siehe *Coppedge* 1996; die Ausführungen sind allerdings nur partiell überzeugend und originell; im wesentlichen gehen die Überlegungen und Einsichten kaum über die klassischen Ausführungen *Samuel P. Huntingtons* (1968) über die Voraussetzungen und Defizite politischer Entwicklung (Institutionalisierung) in unterentwickelten Gesellschaften hinaus, auch wenn sie z.T. in eine andere Terminologie gekleidet werden.

geradezu zum Wesensmerkmal der ecuatorianischen Politik unter demokratischen Vorzeichen. Der durch den Dauerstreit zwischen Legislative und Exekutive bedingte wirtschaftspolitische Reformstau hätte wahrscheinlich längst zu gravierenden politischen Verwerfungen geführt, wenn die Schwäche der binnenökonomischen Antriebs-elemente der Konjunktur in den letzten Jahren nicht durch steigende Einnahmen des Exportsektors zumindest partiell kompensiert worden wäre: Während der Wert der Ausfuhren im Zeitraum 1990-96 um durchschnittlich 10,6 % p.a. gestiegen ist, lag der jährliche (reale) Zuwachs des BIP zwischen 2,0 und 5,0 % (Jahresmittel: 3,15 %).¹⁵

Die größten Funktionsmängel des politischen Systems ergeben sich aus der fatalen Kombination des Präsidentialismus mit einer stark fragmentierten Parteienlandschaft. Während in der letzten Legislaturperiode vor dem *Coup d'Etat* von 1972 im Parlament nur fünf Parteien vertreten waren, zogen in den Kongreß 1979 neun, 1984 dreizehn, 1988 elf und 1992 zwölf Parteifraktionen ein. Nach den Wahlen von 1996 konnten elf Parteien Abgeordnete in die Legislative entsenden. Dabei wäre die Vielzahl der im Parlament vertretenen Parteien als solche nicht der entscheidende Nachteil, wenn es der Partei des Präsidenten bzw. einem diesen unterstützenden Parteienbündnis gelänge, die Mehrheit der Abgeordnetensitze zu gewinnen. Dies ist allerdings seit 1979 nicht ein einziges Mal geschehen. Mit dem Gewinn von 30 der damals 71 Mandate erreichte die sozialdemokratische *Izquierda Democrática* (ID) 1988 das bislang beste Ergebnis einer in den Präsidentschaftswahlen obsiegenden Partei. In den seit 1979 gewählten Parlamenten gab es jeweils höchstens drei Fraktionen, die zehn oder mehr Deputierte umfaßten. Zudem war es häufig so, daß die Partei oder Parteienkoalition des Präsidenten noch nicht einmal die stärkste Parlamentsfraktion stellte (1984, 1992, 1996), wobei die Regierung *Durán Ballén* mit lediglich 17 Abgeordneten den Negativrekord markiert. Unter derartigen Bedingungen stellt sich die Formierung regierungstragender legislativer Mehrheiten als äußerst schwierig dar. Faktum ist, daß sich seit der Reetablierung des demokratischen Systems alle Präsidenten während des größten Teils ihrer Amtszeit mit einer starken Oppositionsmehrheit im Kongreß konfrontiert sahen, welche die Realisierung der Gesetzesvorhaben der Exekutive regelmäßig zu vereiteln oder zumindest zu erschweren trachtete.¹⁶ Nur mit geringem Erfolg

¹⁵ Vgl. Dresdner Bank Lateinamerika (Hamburg): Kurzbericht über Lateinamerika Nr. 3/97: 130 ff.

¹⁶ "Weak presidential legislative contingents do not automatically lead to a democratic system's demise. In general they do, however, have a negative impact on the functioning of a democratic system. Weak presidential support in the legislature often leads to high levels of executive-legislative conflict which reduces the effectiveness of the democratic system and its ability

**Sitzverteilung im Kongreß nach Parteien und politischen Tendenzen
1979-1996 (inkl. Zwischenwahlen)**

Politische Tendenz	Parteien	1979	1984	1986	1988	1990	1992	1994	1996
<i>Rechte:</i>	PSC	3	9	14	8	16	21	24	27
	PLR	4	4	2	1	3	2	1	0
	PCE	10	2	1	1	3	6	5	2
	PUR	-	-	-	-	-	12	3	-
<i>Populistisch:</i>	PRE	-	3	5	8	13	13	11	19
	CFP	29*	7	8	6	3	1	2	1
	FRA	-	6	3	2	2	1	2	3
	APRE	0	0	0	0	0	0	2	2
<i>Mitte Links:</i>	ID	15	24	16	30	14	7	8	4
	DP	-	4	5	7	7	6	6	12
	N. País	-	-	-	-	-	-	-	8
<i>Links:</i>	FADI	1	2	4	2	2	0	0	0
	MPD	1	3	4	2	1	4	8	2
	PSE	0	1	6	4	8	3	2	0

* inkl. 5 DP-Abgeordnete

(Quellen: Saint-Geours 1988, Hoffmann 1991, Hoffmann 1995, Congreso Nacional 1996)

versuchten die Präsidenten ihre Kompetenzen zulasten der Legislative auszubauen, und z.T. mißbrauchten sie die ihnen zur Verfügung stehenden Sondervollmachten (Dekretrecht), um die parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle zu umgehen. Kamen regierungsstützende Mehrheiten zustande, erwiesen sie sich fast immer als kurzlebig und wenig belastbar. Wenn es der Exekutive gelang, für längere Zeit ihren Rückhalt im Parlament über den Block der Partei des Staatsechfs hinaus zu erweitern, dann beruhte dies in den wenigsten Fällen auf formalen Arrangements mit anderen Fraktionen, sondern ging zumeist auf die Verstärkung des Regierungslagers durch Abtrünnige aus den Reihen der Opposition zurück.

Die Schwierigkeit der Mehrheitsbildung im Parlament bzw. das Phänomen der durch

to deal with pressing societal problems (i.e., the ability to govern). While these negative effects do not represent a serious threat to the survival of democratic government in stable and deeply rooted democracies such as the United States, in the majority of the world's presidential democracies they can combine with other factors to produce the debilitation and/or breakdown of the democratic system."(Jones 1996: 34 f.)

konträre Majoritäten legitimierten Gewalten und die dadurch bedingte Beeinträchtigung der Regierbarkeit läßt sich indes nicht allein durch den Verweis auf die große Zahl der im Kongreß vertretenen Parteien bzw. das Faktum eines fragmentierten Parteiensystems erklären. Vielmehr ist diese Konstellation Ausdruck und Ergebnis des Zusammenwirkens mehrerer Faktoren, von denen sich einige in ihren nachteiligen Effekten wechselseitig verstärken. Von herausragender Bedeutung für das Verständnis der Defizite und Funktionsmängel des demokratischen Regierungssystems ist der Befund, daß eine Reihe von institutionellen Regelungen und namentlich einige zentrale Bestimmungen des Parteien- und des Wahlgesetzes die Stabilisierung eines Vielparteiensystems gefördert und damit den Nährboden für den in Ecuador als *pugna de poderes* bezeichneten Dauerkonflikt zwischen Regierung und Parlament geschaffen haben. Unabhängig davon darf das fragmentierte und instabile Parteiensystem nicht einfach als gegeben hingenommen werden, sondern ist als solches selbst erklärungsbedürftig.

- Grundzüge des Parteiensystems

Die im Verlauf der jüngsten demokratischen Transition getroffenen institutionellen Regelungen weisen den politischen Parteien ein Monopol bei der Aufstellung von Kandidaten für sämtliche politische Wahlämter zu. Dies stellt im Hinblick auf die nationale Ebene eine Abkehr von der traditionellen Praxis dar, bei der neben dem per allgemeiner Wahl zu bestimmenden Gros der Kongreßabgeordneten auch eine gewisse Anzahl sogenannter *senadores funcionales* im Parlament vertreten war. Diese Parlamentsmitglieder repräsentierten bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche Sektoren bzw. Interessengruppen, von denen sie auch gewählt wurden. So schrieb das Wahlgesetz von 1968 insgesamt 15 Kongreßsitze für solche *senadores funcionales* vor, die sich aus vier Vertretern der Arbeiterschaft, sechs der wirtschaftlichen Interessenverbände (je zwei für die Landwirtschaft, die Industrie und den Handel) und je einem Repräsentanten des öffentlichen Erziehungswesens, der Privatschulen, der Massenkommunikationsmittel, des Militärs und der Polizei zusammensetzten.¹⁷ Schon zur Mitte der 80er Jahre gab es Bestrebungen, das Exklusivrecht der Parteien zur Kandidatenaufstellung aufzubrechen und "unabhängigen" Persönlichkeiten die Be-

¹⁷ Vgl. *Tribunal Supremo Electoral/Corporación Editora Nacional: Elecciones y Democracia en el Ecuador. Tomo 3: Legislación Electoral Ecuatoriana*. Quito 1990: 245 ff. Die Figur des funktionalen Senators tauchte erstmals in der Verfassung von 1929 auf (siehe *Blanksten 1951: 105 f.*).

werbung um politische Ämter zu ermöglichen. Eine entsprechende Reform war Gegenstand des vom damaligen Staatspräsidenten *Febres Cordero* initiierten und 1986 durchgeführten Referendums, das jedoch mit der Bestätigung der bestehenden Regelung endete. Ein ähnlicher Änderungsvorschlag in dem 1994 von Präsident *Durán Ballén* anberaumten Plebiszit erhielt hingegen eine Stimmenmehrheit, so daß bei der Wahl von 1996 erstmals auch "unabhängige" Bewerber ohne formelle Parteibindung antreten konnten. Artikel 31 des Parteiengesetzes relativiert die "Unabhängigkeit" durch die Vorschrift, daß alle Bewerber um politische Ämter des Protektorats einer gesetzlich anerkannten Partei bedürfen: "Unabhängige" Kandidaten sind mithin solche, die zwar keiner politischen Partei angehören, für ihre Bewerbung aber sehr wohl die Zustimmung und Förderung einer Partei benötigen.

Artikel 10 des *Ley de Partidos Políticos* führt die Kriterien auf, die Parteien zu erfüllen haben, um von der obersten Wahlbehörde (*Tribunal Supremo Electoral*, TSE) legalisiert zu werden. Zu den dem TSE zu präsentierenden Dokumenten gehören im wesentlichen die Gründungsurkunde der Partei, die Erklärung der ideologischen Prinzipien, das Regierungsprogramm ("que contenga las acciones básicas que se propone ejecutar"), die Statuten der Partei und das Mitgliederverzeichnis. Die amtliche Anerkennung setzt eine Mindestzahl von Parteimitgliedern voraus, die 1,5 % der in die jüngsten Wählerverzeichnisse eingeschriebenen Stimmbürger entspricht. Darüberhinaus haben die Parteien den Nachweis zu erbringen, daß sie über eine nationale Präsenz verfügen, definiert als organisatorische Vertretung in mindestens zehn (der 21) Provinzen, zu denen zwei der drei bevölkerungsreichsten des Landes gehören müssen (Art. 12).

Zur Charakterisierung und Unterscheidung von Parteiensystemen bietet sich das von *Mainwaring/Scully* erarbeitete Konzept an, das den Grad der Institutionalisierung zum wesentlichen komparativen Kriterium erhebt. Gemäß dieser Konzeption kann ein Parteiensystem als institutionalisiert gelten, wenn 1.) mittel- bis langfristig eine gewisse Stabilität zwischen der relativen Stärke der größeren Parteien (in bezug auf die Stimmenanteile/Parlamentsvertretung) besteht; 2.) die größeren Parteien über einigermaßen feste Wurzeln in der Gesellschaft verfügen; 3.) die wichtigsten sozio-politischen Akteure Wahlen als exklusives Mittel zur Erlangung der Regierungsverantwortung anerkennen; 4.) die wichtigsten politischen Parteien eine funktionstüchtige Organisation vorweisen können.¹⁸ Gemessen an diesen Kriterien, besitzt Ecuador eines der am schwächsten institutionalisierten Parteiensysteme in Lateinamerika.

¹⁸ Vgl. *Mainwaring/Scully 1995a: 4 f.*

Es sind im wesentlichen vier Merkmale, die das gegenwärtige ecuatorianische Parteiensystem prägen:

- 1.) die große Zahl der politischen Parteien und das breite ideologische Spektrum;
- 2.) die große Bedeutung populärer Persönlichkeiten und die nachrangige Bedeutung von Parteiprogrammen für den Wahlerfolg sowie die Dominanz "instrumentell" geprägter Parteizugehörigkeiten;
- 3.) die permanenten Kräfteverschiebungen innerhalb des Parteiengefüges;
- 4.) der markant unterschiedliche regionale Rückhalt der relativ bedeutenden politischen Parteien

1.) Die große Zahl der Parteien stellt zweifellos das auffälligste Kennzeichen des ecuatorianischen Parteiensystems dar. In den seit der demokratischen Transition durchgeführten Wahlen auf nationaler Ebene haben bis zu 17 Parteien um die Wählergunst konkurriert. Die dadurch bedingte Fragmentierung des Wahlergebnisses hätte sich nur dann nicht in eine ähnlich zersplitterte Sitzverteilung im Parlament übersetzt, wenn der Zugang zur Legislative durch die Festlegung eines Mindeststimmenanteils gesetzlich beschränkt worden wäre. Wegen des Fehlens einer derartigen Klausel waren fast alle registrierten Parteien im Parlament vertreten und entsprechend bestand die Mehrheit der Fraktionen aus weniger als fünf Abgeordneten. So zogen 1992 von 15 Parteien, die sich den Wählern gestellt hatten, zwölf in den Kongreß ein.

Mit dem Ziel, die Proliferation von politischen Parteien zu begrenzen, hatten die Schöpfer des Parteiengesetzes von 1978 eine Vorschrift in das Dokument aufgenommen, der gemäß Parteien die amtliche Anerkennung entzogen werden sollte, deren Listen in zwei aufeinanderfolgenden Wahlen nicht mindestens 5 % der gültigen Stimmen erzielten. Diese Bestimmung wurde 1983 vom Obersten Gerichtshof mit einer wenig überzeugenden Begründung ersatzlos gestrichen.¹⁹ Mitte 1992 fand dann erneut ein ähnlicher Passus Eingang in das Wahlgesetz, der die Mindestquote an Wählerstimmen auf 4 % festlegte. Diese Regelung hätte frühestens nach den Wahlen von 1998 Wirkung zeigen können, wäre sie durch das Ergebnis des im Mai 1997 von der Interimsregierung *Alarcón* durchgeführten Plebiszits nicht reformiert worden. Nunmehr liegt die Hürde wieder bei den ursprünglich geltenden 5 %, und erneut wird es einige Jahre dauern, bis die Vorschrift konkrete Folgen zeitigen kann. Allerdings darf die wechselvolle Geschichte dieser Bestimmung nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie im Grunde außerstande ist, die Zahl der Parteien wirkungsvoll zu begrenzen. Zweifellos hätten einige der zu Beginn der 80er Jahre bestehenden Parteien ihre

¹⁹ Siehe dazu *Osvaldo Hurtado* 1993: 40 f. sowie *Mejía Acosta* 1996: 150.

amtliche Zulassung eingeübt, wenn diese Formel 1983 nicht eliminiert worden wäre, dies hätte aber die Gründung neuer Parteien und deren Einzug in die Legislative auf der Basis minimaler Stimmenanteile nicht verhindern können - letzteres ließe sich nur durch eine Mindestvotenklausel nach deutschem Vorbild erreichen.

Weniger der extreme *multipartidismo* als solcher als dessen Niederschlag in der Zusammensetzung des Parlaments ist ein relativ neues Phänomen der ecuatorianischen Politik. Bis in die 60er Jahre haben aufgrund mangelnder Resonanz in der beschränkten Wählerschaft²⁰ nur wenige Kleinparteien den Sprung in die Legislative geschafft. Mitte der 1920er Jahre war die Ära zu Ende gegangen, in der allein die beiden Traditionsparteien der Konservativen (PC) und Liberalen (PLR) um die Führung der Staatsgeschäfte konkurrierten. 1926 wurde der sozialistische PSE, wenige Jahre später der kommunistische PCE gegründet, deren Einfluß auf die politische Entwicklung abgesehen von Krisenperioden insgesamt gering blieb. In den 30er Jahren betrat *Velasco Ibarra* die politische Szene, dessen populistisch-personalistischer *Partido Velasquista* bis zum Beginn der 70er Jahre die wichtigste Formation innerhalb des Parteiensystems darstellte. Seit den 40er Jahren verzeichnet die Parteiengeschichte eine Vielzahl von zumeist nur kurzlebigen Neuschöpfungen, deren *raison d'être* in der Regel individuellen Ambitionen und höchst selten originellen ideologisch-programmatischen Konzepten entsprang.²¹ Die ersten modernen Programmparteien nach westeuropäischem Muster entstanden erst zur Mitte der 60er Jahre in Gestalt des christdemokratischen PDC²² und der sozialdemokratischen ID. Die Gründung dieser Formationen kann gleichermaßen als Symptom und Ergebnis des sich seit den 50er Jahren beschleunigenden sozio-ökonomischen Modernisierungsprozesses gedeutet werden. In den 70er Jahren und insbesondere nach der Ankündigung des *retorno* (Rückkehr zum demokratischen Regierungssystem) stieg die Zahl der Parteien weiter an, so daß sich bei der ersten Wahl nach der Transitionsphase insgesamt elf politische Formationen um Parlamentssitze bewarben. Der bislang stärkste Schub an Parteineugründungen

²⁰ Vor der Ausdehnung des Wahlrechts auf die Gruppe der Analphabeten in der Verfassung von 1978 war die Zahl der Wähler im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße relativ gering. 1960 schrieben sich 1,1 Mio. Personen in die Wahlregister ein, was etwa einem Viertel der damaligen Bevölkerung entsprach; allerdings machten nur 69 % der eingeschriebenen Wähler von ihrem Wahlrecht effektiv Gebrauch. Bei einer Bevölkerungszahl von rd. 8,2 Mio. betrug die Zahl der eingeschriebenen Wähler 1984 3,7 Mio. (ca. 45%).

²¹ In den Jahren 1944-1963 wurden 20 neue politische Parteien gegründet, von denen Anfang der 70er Jahre nur noch drei bestanden. (Siehe *Cabezas* 1997: 265)

²² Aus dem Zusammenschluß des PDC (*Partido Demócrata Cristiano*) und dem progressistischen Flügel des *Partido Conservador* ging 1978 die Partei *Democracia Popular* (DP) hervor.

wurde zu Beginn der 80er Jahre registriert, wodurch sich die Gesamtzahl der Parteien bis zu den Wahlen von 1984 auf 17 erhöhte. Mit der Verbreiterung des Parteienspektrums und der starken Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten und Wähler (vor allem durch Ausdehnung des (aktiven) Wahlrechts auf die Gruppe der Analphabeten) ging ein drastischer Bedeutungsschwund der "alten" Parteien einher: So wurden die beiden Traditionsparteien *Partido Conservador* und *Partido Liberal Radical* durch entsprechende Wählervoten seit Ende der 70er Jahre auf den Status marginaler politischer Machtfaktoren zurückgedrängt. Der weitaus größte Teil der zur Mitte der 90er Jahre bestehenden politischen Parteien ist nach 1960 gegründet worden, lediglich fünf Formationen weisen ein höheres Alter auf.

Nur wenige lateinamerikanische Länder haben ein ideologisch ähnlich heterogenes Parteiensystem wie Ecuador, ohne daß die ideologische Bandbreite durch die zahlreichen Neugründungen der letzten Jahrzehnte ausgedehnt worden wäre. Die neuen Formationen haben vor allem zu einer gewissen Auffächerung des Raumes zwischen den Extrempositionen am rechten und linken Rand des Spektrums geführt, die von älteren Parteien eingenommen werden.. Dies sind auf der rechten Seite die beiden Traditionsparteien sowie der in den 50er Jahren gegründete *Partido Social Cristiano* (PSC), während am linken Rand der PSE angesiedelt ist. Zwar sind an beiden Rändern neue Parteien entstanden, dies hat aber zu keiner nennenswerten Verschiebung der ideologischen Pole geführt: auf der linken Seite handelt es sich vor allem um den *Movimiento Democrático Popular* (MPD), während der von dem populären konservativen Politiker *Sixto Durán Ballén* 1991 gegründete *Partido Unidad Republicano* (PUR) sich vom PSC ideologisch kaum unterschied. Die christdemokratische DP und die sozialdemokratische ID werden gemeinhin der linken Mitte zugeordnet. In diesem Segment ist seit den Wahlen von 1996 auch die neue Partei *Nuevo País-Pachakutik* zu verorten, die sich u.a. als Interessenvertretung der Indiobevölkerung versteht. Naturgemäß versagen sich insbesondere die populistischen Formationen einer relativ verlässlichen Einordnung in das herkömmliche politisch-ideologische Links-Mitte-Rechts-Schema. Wichtigste Partei dieser Gattung war bis Mitte der 80er Jahre die *Concentración de Fuerzas Populares* (CFP), die mit *Jaime Roldós* auch den ersten Präsidenten nach der Reetablierung der Demokratie stellte. Seit Ende der 80er Jahre dominiert der von *Abdalá Bucaram* gegründete *Partido Roldosista Ecuatoriano* (PRE) dieses Segment des Parteienspektrums.²³ Ebenfalls dem populistischen Lager zuzuordnen sind der *Frente Radical Alfarista* (FRA), der zu Beginn der 80er Jahre seine

²³ Zu den Charakteristika des Bucaramschen Populismus siehe *de la Torre 1997: 15 ff.* sowie *León 1997.*

relativ größte Wählerresonanz verzeichnete²⁴ sowie die Kleinformation APRE, die erst seit 1994 im Kongreß vertreten ist. Das diffuse ideologische Profil und der zutiefst opportunistische Charakter der populistischen Parteien darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch der größte Teil der anderen Parteien bzw. deren führenden Vertreter die offizielle Ideologie und Programmatik geringachten, wenn sich die Möglichkeit eines Zugewinns an Macht, Einfluß oder materiellen Vorteilen bietet. Eine überdurchschnittliche Bindekraft besitzen die offizielle Ideologie und Programmatik bei den sozialistisch orientierten Parteien sowie bei den beiden modernen Formationen ID und DP. Zumeist wird das Ausmaß der ideologischen Standfestigkeit einer Partei aber erst nach Übernahme der Regierungsverantwortung sichtbar, wenn Erfordernisse des Machterhalts bzw. wahltaktische Überlegungen alle anderen Aspekte zu verdrängen drohen.

2.) Wichtiger als Ideologie und Programmatik sind populäre Führungspersönlichkeiten, und zwar sowohl im Hinblick auf die Binnenstruktur der Partei als auch auf deren Erfolgchancen an den Wahlurnen. So wurde das wahre Ausmaß, in dem Person und Ausstrahlung *Velasco Ibarra* den Erfolg seiner Partei bestimmt hatten, erst nach dem Tod des Caudillos erkennbar: 1979 errang die Velasquistische Partei nur ein einziges Parlamentsmandat, und wenige Jahre später wurde die Organisation aufgelöst. Für die jüngste Zeit läßt sich die politische Bedeutung des *personalismo* vor allem am Fall des populären *Sixto Durán Ballén* zeigen, der 1991 eine eigene Partei ins Leben rief, als ihm der PSC nach zwei erfolglosen Anläufen eine dritte Präsidentschaftskandidatur verweigerte. *Durán* konnte auf diesem Weg seinen Lebenstraum erfüllen, seine Partei PUR überlebte seine wenig glanzvolle Präsidentschaft jedoch nur um wenige Monate. Ein anderes Beispiel für das politische Mobilisierungspotential mehr oder weniger populärer Persönlichkeiten bildet der relative Bedeutungszuwachs der Kleinpartei APRE nach dem Eintritt und der Übernahme der Spitzenkandidatur von Ex-General *Frank Vargas*, dessen Bekanntheit vor allem darauf beruhte, daß er zwei spektakuläre Militärrebellionen gegen Präsident *Febres Cordero* angezettelt hatte. Obwohl die Partei nicht ein einziges Parlamentsmandat zu erringen vermochte, erzielte *Vargas* 1988 das viertbeste Ergebnis in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl, wobei er in seiner Heimatprovinz *Manabí* gar alle Mitbewerber auf die Plätze verweisen konnte. Erwähnung verdient auch der Fall des landesweit bekannten Fernsehjournalisten *Freddy Ehlers*, dem es 1996 mit einer wenige Monate vor der Wahl gegründeten

²⁴ Der nach dem Sturz von *Abdalá Bucaram* vom Kongreß zum Interimspräsidenten gewählte Parlamentsvorsitzende *Fabián Alarcón* gehört dem FRA an.

Partei (*Nuevo País*) gelang, im ersten Wahlgang den dritten Rang zu belegen. In derselben Wahl bewarb sich mit Ex-General *Gallardo* ein zweiter politischer "Seiteneinsteiger" um das Amt des Präsidenten, dessen Versuch, die während des kurzen Grenzkriegs gegen Peru zu Beginn des Jahres 1995 gewonnene große Popularität politisch zu instrumentalisieren, allerdings in einem Debakel endete.²⁵ Der allgemeine Vertrauensverlust, den die politischen Parteien seit der Rückkehr zur Demokratie erlitten haben, verstärkte den Trend, in Wahlkämpfen die Persönlichkeit der Kandidaten in den Vordergrund zu stellen. So warb z.B. der populäre christdemokratische Bürgermeister von Quito (Jamil Mahuad) 1996 für seine Wiederwahl mit Plakaten, auf denen sich außer dem Konterfei lediglich der Schriftzug seines Vornamens befand.

Zwischen der sekundären Bedeutung bzw. dem Grad der Disponibilität ideologischer Prinzipien und dem Gewicht des *personalismo* besteht ein enger Zusammenhang. *Personalismo* steht für die faktische Machtfülle in Schlüsselpositionen platzierter Persönlichkeiten innerhalb des Binnengefüges einer Partei und den nachrangigen Stellenwert formal geregelter und hierarchisch strukturierter Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Je stärker der *personalismo* ausgeprägt ist, desto geringer ist das Ausmaß interner Demokratie.²⁶ Dabei ist allerdings die Ebene der Parteiorganisation zu berücksichtigen, auf der sich der *personalismo* manifestiert: Naturgemäß findet der *personalismo* seinen markantesten Ausdruck im *Caudillismo*, der in seiner mehr oder minder traditionellen Form an der Spitze politischer Parteien aber kaum noch anzutreffen ist. Eine bedeutende Rolle kommt hingegen *Caudillos* oder *Caciques* in Gestalt lokaler Parteigrößen zu, wobei dieses Phänomen keineswegs auf die populistischen Parteien beschränkt ist.²⁷ Auch die "modernen" Parteien ID und DP verfügen auf Munizipal- und kantonaler Ebene über politische Mandatsträger, die primär wegen

²⁵ General *Gallardo* erreichte in der Wahl vom 19.5.96 nur rd. 1,2 % der gültigen Stimmen. Hätte die Wahl ein Jahr früher stattgefunden, wären seine Chancen zweifellos erheblich größer gewesen.

²⁶ Kurz nachdem er konstatiert hat, daß ein großer Teil der Wählerschaft aufgrund des niedrigen Bildungsstands nur zu einer oberflächlichen Perzeption der Politik in der Lage ist, schlägt *F. Colburn* vor, daß die Wähler jene Parteien bevorzugen sollten, in denen eine interne Demokratie besteht, um damit die Binnendemokratisierung der Parteien generell zu fördern. (1996: 84, 86) Geradezu rührend mutet seine Forderung an die Wirtschaftsverbände an, Initiativen zu ergreifen, um die interne Demokratie der Parteien zu vergrößern - angesichts der Tatsache, daß die Produktionskammern als politisch sehr konservativ gelten und mehrfach autoritaristische (sprich: undemokratische) Neigungen haben erkennen lassen, wenn ihre Interessen auf dem Spiel standen. Der Autor ist wohl mit den konkreten politischen Verhältnissen in Ecuador wenig vertraut.

²⁷ Zu diesem Phänomen siehe *S. Pachano 1991: 22 f.*

ihrer *Caudillo*-Qualitäten gewählt wurden. Das Etikett "modern" können diese Parteien dennoch und gerade auch deshalb beanspruchen, weil auf den höheren Ebenen ihrer Organisation der *Caudillismo* nicht anzutreffen ist. Vielmehr bilden die relativ weit entwickelte interne Demokratie und die größere Bindekraft des offiziellen ideologisch-programmatischen Selbstverständnisses bei den Sozial- und Christdemokraten die Kehrseite einer verhältnismäßig geringen Bedeutung des *personalismo*, der in den konservativen Parteien und namentlich beim PSC wesentlich stärker ausgeprägt ist. Allerdings haben die modernen Formationen ID und DP eine andere Art von *personalismo* mit den meisten anderen politischen Parteien des Landes gemein: die Tatsache, daß es über lange Zeiträume im wesentlichen dieselben Politiker sind, die die Führungspositionen einnehmen und die Geschicke der Organisation bestimmen.

Auch im Verhältnis der Funktionsträger und Deputierten zu ihrer Partei spielen ideologisch-programmatische Bindungen häufig nur eine nachgeordnete Rolle. Die vorwiegend instrumentelle Beziehung vieler Mitglieder und Abgeordneten zu ihrer Partei kommt auf besonders spektakuläre Weise in den zahlreichen Parteiaus- und -übertritten zum Ausdruck. Ideologie und Programmatik erhalten selten Vorrang, wenn persönliche Interessen, Ambitionen und Vorteile auf dem Spiel stehen. Gemäß den Angaben von *Simón Pachano* (1991: 143) hat von der Gesamtzahl der in den Jahren 1979-1988 gewählten Deputierten ein knappes Drittel während der Mandatszeit ihre Fraktion verlassen bzw. die Partei gewechselt. Einen Rekord verbuchte das als *cambio de camisetitas* bezeichnete Phänomen vor den Halbzeitwahlen des Jahres 1994, als nicht weniger als 22 Deputierte ihre Fraktion verlassen hatten und als sogenannte "Unabhängige" bei Abstimmungen in der Regel die Position der Regierung unterstützten. Der *push*-Faktor einer schwachen ideologischen Bindekraft der Partei bzw. einer "instrumentellen" Parteizugehörigkeit wird dabei häufig durch den *pull*-Faktor einer von der Regierung in Aussicht gestellten materiellen Vergünstigung für den zum Seitenwechsel bereiten Abgeordneten bzw. dessen Wahlkreis ergänzt (s.u.). Einige mehr oder weniger populäre Politiker haben nach ihrem Parteiaustritt eine neue politische Partei gegründet, um ihre politischen Ambitionen zu realisieren, wobei diese Versuche freilich in der Regel wenig erfolgreich verliefen. Dies ändert nichts an der Tatsache, daß "... many of the party splits in the post-1978 period can be attributed to conflicts among career politicians over leadership positions inside the party, patronage, and the selection of candidates." (*Conaghan 1995: 445*)

Die Tatsache, daß in den meisten Parteien die Loyalität der Funktions- und Mandats-träger weniger von ideologischen Bindungen denn primär von instrumentellen und mithin opportunistischen Erwägungen determiniert wird, findet ihre Entsprechung im klientelistischen Charakter dieser Parteien. Zum einen versuchen politische Parteien

bzw. deren lokale Organisationen und Vertreter bestimmte Personengruppen mittels klientelistischer Praktiken an sich zu binden, andererseits sind Einzelpersonen oder soziopolitische Kollektive (z.B. Kommittees von Armenvierteln) bestrebt, bei der Verfolgung ihrer Anliegen und Interessen (z.B. Ausbau der Infrastruktur in einer Marginalsiedlung) die Unterstützung von Parteien bzw. einflußreichen Politikern zu erhalten, denen sie im Gegenzug eine gewisse politische Loyalität (in bezug auf das Abstimmungsverhalten bei Wahlen) zusichern.²⁸ Die Chance, mittels der Mitgliedschaft in einer erfolgreichen Partei in den Genuß wie auch immer gearteter materieller Vorteile zu gelangen, relativiert die potentielle ideologisch-programmatische Attraktivität einer jeden Partei in einem von hartnäckigen wirtschaftlichen Problemen und limitierten lukrativen Arbeitsplatzangeboten gekennzeichneten gesellschaftlichen Umfeld. Ohne die klientelistisch motivierten Eintritte kann die hohe Mitgliederzahl der meisten politischen Parteien kaum erklärt werden, und vielfach gehören Personen gleich mehreren Parteien an. Freilich versetzt erst die Übernahme der Regierung eine Partei in die Lage, die Erwartungen und Forderungen von Parteimitgliedern bezüglich einer Beteiligung an den staatlichen Pfründen zumindest partiell zu befriedigen. Daß die in Präsidentschaftswahlen triumphierenden Parteien kurz darauf regelmäßig einen starken Mitgliederzuwachs verzeichnen, verweist auf die in der Bevölkerung weitverbreiteten klientelistischen Erwartungen. Seitdem der Anstieg der Stellen im öffentlichen Dienst durch die Regierung *Durán* gestoppt wurde, ist der Spielraum für die Zuteilung klientelistischer Pfründe merklich kleiner geworden.²⁹

3.) Nach *Mainwaring/Scully* (1995a: 4 ff.) ist der Institutionalisierungsgrad eines Parteiensystems gering, wenn die relative Stärke der Parteien innerhalb des Parteiengefüges, gemessen an legislativen Stimm- und Sitzanteilen, von Wahl zu Wahl nicht eine gewisse Stabilität aufweist.³⁰ In ihrem Vergleich von zwölf lateinamerikanischen Staaten weist Ecuador die größte Volatilität auf. Darin manifestiert sich die Tatsache,

²⁸ Siehe die Fallstudie von *Gerrit Burgwal* (1995) zur Praxis des (Parteien-)Klientelismus in einer Armensiedlung von Quito.

²⁹ In der Zeit seit der Reetablierung des demokratischen Regierungssystems bis einschließlich 1991 war die Zahl der öffentlichen Bediensteten von rd. 200.000 auf 355.600 erhöht worden. Auch in der Amtszeit des marktwirtschaftlich orientierten (!) Präsidenten *Febres Cordero* wurde das Wachstum der Staatsbürokratie keineswegs gestoppt, sondern lediglich leicht abgeschwächt. Ein Großteil des Anstiegs der öffentlichen Stellen resultiert aus politischen Gefälligkeiten, die die jeweiligen Regierungen ihren Anhängern erweisen (müssen). (Vgl. *El Comercio* vom 30.12.1994)

³⁰ "A venue in which major parties regularly appear and then just as quickly evaporate is not characteristic of an institutionalized party system. Where such stability does not exist, institutionalization is limited." (*Mainwaring/Scully 1995a: 5*)

daß die durch entsprechende Wahlergebnisse bedingte hochgradige Instabilität des Parteiensystems in den 80er und 90er Jahre nicht nur oder hauptsächlich kleinere Parteien betraf, sondern sich auch und gerade wiederholt in deutlichen Kräfteverschiebungen zwischen den relativ bedeutenden Parteien bzw. deren Parlamentsvertretungen niederschlug. Im Verlauf der fünf Präsidentschaften seit 1979 haben drei verschiedene Parteien die jeweils größte Kongreßfraktion gestellt. Nachdem in der ersten Legislaturperiode die CFP mit 29 Abgeordneten über die stärkste Fraktion verfügt hatte,³¹ ging diese Position nach den Wahlen von 1984 an die ID über. Die Sozialdemokraten konnten die Zahl ihrer Parlamentsvertreter parallel zur Wahl von *Rodrigo Borja* ins höchste Staatsamt noch erhöhen, mußten jedoch bei den Zwischenwahlen von 1990 eine Halbierung ihrer Fraktionsstärke hinnehmen. Damals etablierte sich der ultrakonservative *Partido Social Cristiano* mit 16 Deputierten als relativ stärkste parlamentarische Gruppe, eine Position, die die Partei bis zu den Wahlen von 1996 halten und weiter ausbauen konnte.

Nicht nur, daß es seit 1979 keiner Partei gelungen ist, zweimal den Präsidenten zu stellen oder gar als Regierungspartei bestätigt zu werden, vielmehr verlor die jeweils regierende Partei in den folgenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen regelmäßig einen großen Teil ihrer vormaligen Wähler, wobei die anhaltenden Wirtschaftsprobleme als gewichtigster Erklärungsfaktor gelten müssen.³²

Zur Erklärung der rapiden Schwächung der CFP wenige Jahre nach ihrem spektakulären Erfolg ist eine Reihe von Faktoren namhaft zu machen: An erster Stelle ist der Ausbruch der schuldenbedingten Wirtschaftskrise in den Jahren 1981/82 zu nennen, deren negative sozioökonomische Folgen durch die Auswirkungen von Naturkatastrophen (u.a. Überschwemmungen mit großen Infrastrukturschäden und Ernteeinbußen) noch verschlimmert wurden. Ein weiterer wichtiger Grund stellt zweifellos der Tod von CFP-Chef *Asaad Bucaram* im Jahre 1981 dar, durch den die populistische Partei

³¹ Unter diesen 29 Deputierten befanden sich fünf Angehörige der christdemokratischen DP, die den Weg über die Liste des Allianzpartners CFP nehmen mußten, nachdem die oberste Wahlbehörde (TSE) der *Democracia Popular* die Registrierung verweigert hatte.

³² Das regelmäßig feststellbare Bemühen der Regierungen, unpopuläre Maßnahmen (Wechselkursanpassung, Treibstoffpreiserhöhung u.a.) außerhalb von Wahlkampfperioden zu dekretieren, konnte allenfalls das Ausmaß der Stimmenverluste begrenzen, die Niederlage der Partei des Präsidenten in den nächsten Wahlen aber in keinem Fall verhindern. Den Einfluß von wahltaktischen Erwägungen auf die Wirtschaftspolitik in den Jahren 1983-1992 thematisiert die Studie von *J. Schuldt* (1994).

ihre zentrale Führungs- und Identifikationsfigur verlor.³³ Allerdings hatten die Partei und ihr als Parlamentsvorsitzender fungierender *Caudillo* zu diesem Zeitpunkt schon einen Sympathieverlust erlitten, weil es kurz nach Beginn der Legislaturperiode zu einer Spaltung der CFP-Fraktion gekommen war und die Mehrheitsgruppe der *Bucaramistas* mit der Fraktion des *Partido Conservador* gegen die Regierung *Roldós* kollaborierte.³⁴ In den Wahlen von 1984 errang die CFP nur noch sieben Mandate, vier Jahre später deren sechs. Nachdem sie 1992 nur einen einzigen Parlamentssitz gewonnen hatte, konnte sie sich in den folgenden Zwischenwahlen auf zwei Mandate steigern; im Kongreß 1996-1998 war sie wiederum mit nur einem Deputierten vertreten.

Die große Enttäuschung in der Wählerschaft über die schwache bis negative Leistungsbilanz der Regierung *Borja* resultierte in einer raschen und drastischen Bedeutungsminde rung der *Izquierda Democrática* innerhalb des politischen Systems: Vier Jahre nach ihrem größten Triumph konnte sie (1992) nur noch acht Deputierte in den Kongreß entsenden. Bei den Parlamentswahlen von 1996 errang sie mit vier Mandaten ihr schlechtestes Ergebnis seit 1979. Dies ist u.a. damit zu erklären, daß die Partei erstmals keinen eigenen Präsidentschaftsbewerber präsentierte, wodurch sie ihre Chancen in der personendominierten Wahlkampfarena zusätzlich verschlechterte. Zwar mußte auch der PSC im Anschluß an seine Regierungszeit³⁵ deutliche Stimmen einbußen hinnehmen, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten gelang es der Partei aber sehr schnell, sich von diesem Rückschlag zu erholen. Nach den Halbzeitwahlen von 1990 verfügte sie mit 16 Mandaten über doppelt so viele Parlamentssitze wie zu Beginn der Regierungszeit *Borjas*. Seither hat sie den Umfang ihrer Fraktion von Wahl zu Wahl vergrößert: 1992 fielen ihr 21 von 77 Kongreßmandaten zu, nach den Zwischenwahlen von 1994 zählte sie 24 Abgeordnete, und nach dem Urnengang von 1996 nahmen ihre Repräsentanten 27 von nunmehr 82 Parlamentssitzen ein.

In den nach jeder Wahl eintretenden Kräfteverschiebungen innerhalb des Parteiensystems kommt auch die fehlende bzw. allenfalls schwache Verwurzelung der politischen Parteien in der Zivilgesellschaft sowie die dadurch bedingte Abwesenheit bedeutender Stammwählergruppen zum Ausdruck. Abweichend vom Regelfall in den

³³ Zur Entwicklung der CFP unter *Asaad Bucaram* siehe *John D. Martz 1983: 26 ff.*

³⁴ Siehe *Nick D. Mills 1984: Kapitel III* sowie *Conaghan 1987: 148 f.*

³⁵ Der PSC war dominierende Kraft in einer Koalition von fünf Rechtsparteien (*Frente de Reconstrucción Nacional*), die die Kandidatur des PSC-Caudillos *León Febres Cordero* unterstützt hatte.

westlichen Demokratien sind die ecuatorianischen Parteien mit ganz wenigen Ausnahmen nicht als politische Interessenvertretungen bereits zuvor organisierter sozialer Gruppen entstanden, und sie haben auch in der Folgezeit kaum stabile Verbindungen zu bestimmten Sektoren der Zivilgesellschaft etabliert, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Zivilgesellschaft in großen Bereichen selbst fragmentarische bis amorphe Merkmale aufweist. Die Chancen zur Herausbildung relativ fester Verbindungen zwischen bestimmten gesellschaftlichen Gruppen und einzelnen politischen Parteien blieben auch deshalb begrenzt, weil - wie weiter oben bereits erwähnt - bis Anfang der 70er Jahre die wichtigsten ökonomischen und sozialen Interessengruppen in Gestalt sogenannter "funktionaler Senatoren" selbst im Parlament vertreten waren. Überdies saßen Repräsentanten der mächtigsten Wirtschaftsverbände in mehreren staatlichen Gremien; dazu gehörte auch die *Junta Monetaria*, die starken Einfluß auf die Wirtschaftspolitik nahm ³⁶: "Thus, Ecuador developed a tradition of interest articulation that fell outside the confines of the party system." (Conaghan 1994: 259)

Mit der geringen Verankerung der Parteien in der Zivilgesellschaft korrespondiert das weitgehende Fehlen bedeutender verlässlicher Stammwählerpotentiale. Zwar verfügen einige Parteien durchaus über einigermaßen stabile Stammwählerkontingente, diese spielen in bezug auf den Gesamtstimmenanteil in der Regel aber keine entscheidende Rolle - anders wären die z.T. gravierenden Resultatsschwankungen zwischen konsekutiven Wahlen nicht erklärbar. Daher sind die relativ größten Wahlerfolge dieser Parteien in erster Linie den Stimmen von Wechselwählern zu verdanken. Jenseits der wenigen Verbindungen zu bestimmten soziopolitischen Organisationen, die vor allem für die sozialistischen Parteien eine gewisse Bedeutung besitzen, lassen sich für einige Parteien zumindest schichtenspezifisch unterschiedliche Wählerpotentiale ausmachen, deren Konturen freilich sehr vage bleiben müssen. So finden ID und DP einen beträchtlichen Teil ihrer Wähler in den größeren Städten des Hochlands, und dort weit überproportional in der Mittel- und den oberen Segmenten der Unterschicht. In bezug auf ihre Vertretung im Parlament profitieren die beiden Parteien von dem Umstand, daß die Sierra doppelt so viele Provinzen zählt wie die Costa und daher dort in Relation zur Einwohnerzahl mehr Deputierte gewählt werden.³⁷ Der populistische PRE hat seinen stärksten Rückhalt in den unteren Gesellschaftsschichten der Costa. Auch

³⁶ Siehe D.P. Hanson 1971: 138 f.

³⁷ So wurden in den Costa-Provinzen, die zusammen mehr Stimmberechtigte zählen als die zehn Provinzen des Hochlands, 1994 25 Provinzdeputierte gewählt, in der Sierra hingegen deren 33. Ein im Hochland gewählter *diputado* repräsentierte 1994 im Schnitt 89.000 Wähler, während das Verhältnis im Costa-Gebiet 1: 123.000 betrug. (Vgl. León Velasco 1996: 20)

die Wahlerfolge des PSC wären ohne einen bedeutenden Anteil von Stimmen aus der Unterschicht nicht möglich. Stadtteilbezogene Wahlergebnisse aus Guayaquil deuten darauf hin, daß der PRE in den ärmsten Wählergruppen mehr Sympathien genießt als der PSC.³⁸ Die geringe Bedeutung von Stammwählergruppen hat auch damit zu tun, daß viele Parteien in erster Linie "Wahlmaschinen" sind, die außerhalb von Wahlkampfzeiten als politische Organisationen, die einen bestimmten gesellschafts- und staatspolitischen Auftrag zu erfüllen haben, kaum in Erscheinung treten.³⁹

Einige Parteien konnten eine gewisse Anbindung von größeren Wählergruppen erreichen, solange sie sich in der Opposition befanden; darauf weisen relativ stabile bis ansteigende Resultate in konsekutiven Wahlen hin. Als (glücklos agierende) Regierungspartei verloren sie aber bald einen bedeutenden Teil dieser Wähler an oppositionelle Formationen. Daher haben die mangelnden Fortschritte bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise die Entstehung der Voraussetzungen für die Herausbildung relativ bedeutender und stabiler Stammwählerkontingente verhindert. Andererseits deutet die bei allen Abstimmungen von der Munizipal- bis zur nationalen Ebene regelmäßig über 20% liegende Wahlenthaltung⁴⁰ und der hohe Anteil ungültiger Stimmen (15-20%) darauf hin, daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung keiner der politischen Parteien vertraut. Dabei liegt der Prozentsatz ungültiger Stimmen in den Provinzen mit einem großen Anteil indianischer Bevölkerung signifikant über den entsprechenden Werten in anderen Landesteilen.⁴¹

4.) Eine Besonderheit des ecuatorianischen Parteiensystems ist darin zu sehen, daß das in der ecuatorianischen Politik so virulente Phänomen des Regionalismus das Entstehen einer Hegemonial- bzw. Mehrheitspartei⁴² verhindert hat. Keine der relativ

³⁸ Siehe *León Velasco 1993*: 94 ff.

³⁹ "Nuestros partidos fundamentalmente son organizaciones con marcado carácter electoral, por ello debemos entender que su organización, actividad y funcionamiento no son permanentes como sería deseable, sino que se activan en la vecindad de un proceso electoral. Fuera de las épocas eleccionarias la actividad de los partidos ha sido muy limitada. Los partidos no han sido escuelas de formación política ciudadana." (*Cabezas 1997*: 280 f.) Dieses Urteil ist in dieser Form zu pauschal, weil das Gesagte auf die "modernen" Formationen ID und DP nur sehr eingeschränkt zutrifft.

⁴⁰ Aufgrund unkorrekter Wählerverzeichnisse (zahlreiche Personen sind in mehr als einem Distrikt, d.h. mindestens zweimal registriert, und oft wurden Namen von Verstorbenen nicht aus den Verzeichnissen getilgt, u.a.m.) erscheint die Wahlenthaltung allerdings höher als sie in Wirklichkeit ist. Siehe *Cabezas 1997*: 267.

⁴¹ Siehe *León Velasco 1996*: 13 ff.

⁴² Die Koalitionsbildung im Parlament würde schon dann erleichtert, wenn die Partei des Präsidenten mindestens 40% der Mandate auf sich vereinigen könnte.

erfolgreichen Parteien kann sich auf Stimmengewinne stützen, die sich annähernd gleichgewichtig auf Costa und Sierra verteilen. Ohne signifikante Ausnahme finden alle diese Gruppierungen ihren wesentlichen Rückhalt nur in einer der beiden Regionen, während sie im jeweils anderen Landesteil deutlich weniger Sympathien genießen. Dieser geographische Dualismus des Wählerverhaltens war bis zur Jahrhundertmitte noch ausgeprägter,⁴³ seither ist er vor allem durch Migrationsbewegungen abgeschwächt worden, ohne allerdings sein Grundmuster und seine eminente politische Bedeutung einzubüßen. Der Regionalismus bzw. die dadurch bedingte Herausbildung verschiedenartiger regionaler politischer Kulturen (s.u.) stellt eine wichtige Ergänzung im Faktorenbündel zur Erklärung der fragmentierten parlamentarischen Kräfteverhältnisse dar, weil der Verweis auf die große Zahl von Parteien für sich genommen nicht zu begründen vermag, warum es während der letzten Dekaden keiner politischen Partei - und sei es auch nur zeitweise - gelungen ist, eine hegemoniale Position innerhalb des Parteiensystems zu etablieren. Aus diesem Blickwinkel betrachtet läßt sich die These aufstellen, daß die Anwesenheit einer Handvoll Fraktionen mit jeweils nur zwei oder drei Abgeordneten für die parlamentarische Machtbalance weniger relevant und für die *pugna de poderes* weniger konstitutiv ist als die dauerhafte Abwesenheit einer Fraktion, die zumindest annähernd die Hälfte aller Mandate umfaßt.

- Exekutive und Legislative: Wie dysfunktionale institutionelle Regeln die *pugna de poderes* und die Gefahr der *ingobernabilidad* fördern und verstärken

Die Vielzahl der politischen Parteien und das Fehlen einer effizienten Zugangshürde zum Parlament bilden die wesentlichen Bedingungsfaktoren der zersplitterten Kräfteverhältnisse in der Legislative und der daraus resultierenden Schwierigkeiten der Exekutive, Mehrheiten für ihre politischen Vorhaben zu finden. Wie weiter oben bereits erwähnt, wird diese für das Funktionieren des Regierungssystems höchst nachteilige Konstellation durch die Effekte einiger Bestimmungen des Parteien- und des Wahlgesetzes stabilisiert und in ihren negativen politischen Implikationen zusätzlich verstärkt. Insbesondere eine Reihe von Vorschriften und Eigenarten des Wahlgesetzes wirkt sich höchst förderlich und dynamisierend auf die Reproduktion des

⁴³ Siehe *George Blanksten 1951: 59 f.*

Vielparteiensystems aus.⁴⁴ Das konkrete Verhalten der politischen Akteure läßt sich freilich nicht quasi-mechanistisch aus dem Wortlaut dieser Gesetzesvorgaben ableiten, sondern wird nur im Zusammenhang mit den Charakteristika der politischen Kultur verständlich.

Unter den gesetzlichen Vorschriften, welche die Zersplitterung der parlamentarischen Kräfteverhältnisse begünstigt haben, ist an erster Stelle die zweistufige Präsidentenwahl zu nennen. Dieses Wahlverfahren wirkt sich abträglich auf mögliche Koalitionsvereinbarungen im Vorfeld des Urnengangs aus, weil es angesichts der Menge der Parteien und Präsidentschaftsbewerber auch Außenseitern eine Chance gibt, die zweite Wahlrunde zu erreichen und daher auch kleinere Parteien dazu animiert, einen eigenen Kandidaten für das höchste Staatsamt ins Rennen zu schicken.⁴⁵ Mit der Zahl der Aspiranten erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, mit einem relativ geringen Stimmenanteil in die Stichwahl zu gelangen. 1978 stellten sich sechs, 1984 neun und 1988 zehn Präsidentschaftsaspiranten (bzw. *binomios* aus Präsidentschafts- und Vizepräsidentenwahlkandidat) den Wählern; 1992 waren es zwölf und 1996 schließlich neun Kandidatengespanne. 1988 reichten dem Zweitplatzierten des ersten Wahlgangs 17,6% der Stimmen, um sich für die Stichwahl zu qualifizieren.⁴⁶ Für die relativ erfolgreichen Parteien verstärkte sich der Anreiz zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten noch, nachdem sich gezeigt hatte, daß der Ausgang der ersten Runde selten mit den Prognosen übereinstimmte (1978, 1984, 1988) und auch der Zweitplatzierte des ersten Wahlgangs in der Stichwahl den Sieg davon tragen konnte (1984)⁴⁷. In gewisser Weise

⁴⁴ In einer akribischen Untersuchung hat *Mark P. Jones* (1996) nachgewiesen, daß "(c)ertain electoral arrangements are hazardous for the health of presidential democracy." (166) "Electoral laws alone do not make or break a democratic system. They do however have a significant impact on its functioning. (...) (...) While many factors determine the number of political parties in a party system, electoral laws have the most prominent impact. (...) (...) (T)he electoral rules employed by a system are the principal cause of divided government in Latin America ..." (3, 10, 33)

⁴⁵ Daß Chile seit den 30er Jahren trotz der Kombination eines Vielparteiensystems mit dem Präsidentialismus dennoch über ein effizientes politisches System verfügte, lag vor allem an der Bildung von Koalitionen und der Aufstellung gemeinsamer Präsidentschaftskandidaten. In mehreren Wahlen konkurrierten so nur zwei Präsidentschaftsbewerber an der Spitze von Mehrparteienbündnissen: "Three of the two-candidate races occurred at precisely the same time that the party system for congressional elections was most highly fragmented: in 1931, 1938, and 1942." (*Shugart/Carey* 1992: 181)

⁴⁶ 1978 erhielten zwei der sechs Bewerber weniger als 10% der Stimmen. 1984 traf dies für sechs von neun, 1988 bei sechs von zehn und 1992 bei neun von zwölf Kandidaten zu. (Vgl. *León Velasco* 1993: 18)

⁴⁷ Auch 1996 erreichte der in der Stichwahl siegreiche *Abdalá Bucaram* in der ersten Runde weniger Stimmen als *Jaime Nebot* vom PSC.

selbst eine Anpassung an das Vielparteiensystem, verschafft der Stichwahl-Modus diesem zusätzliche Dynamik.⁴⁸

Die Schöpfer des zweiphasigen Wahlverfahrens waren von der Überlegung ausgegangen, daß die bestplatzierten Bewerber der ersten Runde vor der Stichwahl Allianzen mit anderen Parteien suchen müßten, um ihre Siegchancen zu verbessern. Allerdings beruhte dieses Kalkül auf der Verknüpfung des zweistufigen Wahlmodus mit einer anderen institutionellen Regelung, der die Militärmachthaber jedoch ihre Zustimmung verweigerten: Ursprünglich war vorgesehen, die Wahlen zum Parlament parallel zur Stichwahl um die Präsidentschaft durchzuführen, was zweifellos einer Begrenzung der Zahl der im Kongreß vertretenen Parteien förderlich gewesen wäre.⁴⁹ Mit dem Ziel, die Entstehung einer mächtigen Legislative zu verhindern, haben die abtretenden Generäle die Einführung dieser Regelung abgelehnt⁵⁰ und damit einen Wahlkalender festgeschrieben, welcher der Tendenz zum *multipartidismo* eine zusätzliche Dynamik verleihen sollte: Weil - dem lateinamerikanischen Regelfall entsprechend - in der ecuatorianischen Politik Personen wichtiger sind als Programme, befürchten gerade kleinere Parteien, beim Verzicht auf einen eigenen Spitzenkandidaten gegenüber den Konkurrenten an Profil zu verlieren und dadurch ein suboptimales Ergebnis in der Wahl zum Kongreß zu riskieren.⁵¹ Keinen eigenen Bewerber für das höchste Staatsamt

⁴⁸ Jones (1996: 88 ff.) neigt dazu, den Einfluß des Wahlmodus auf das Parteiensystem, d.h. vor allem auf die Zahl der Parteien, überzubewerten. Daß die *majority runoff*-Formel den Reproduktionsbedingungen eines Vielparteiensystems (und zersplitterten Kräfteverhältnissen in der Legislative) förderlich ist, läßt sich kaum anzweifeln; in seiner Interpretation wird dieses Wahlverfahren aber tendenziell zum Schöpfer des *multipartism*. Er erkennt damit, daß die Entscheidung für diesen Wahlmodus in vielen Fällen im Kontext eines schon existierenden Vielparteiensystems fiel, und zwar mit dem Ziel, dem Wahlsieger eine breite Legitimität zu verschaffen. Nicht nur in Ecuador wurde die *majority runoff*-Formel vor allem gerade deshalb eingeführt, weil dort ein Vielparteiensystem bestand.

⁴⁹ Dies vor allem dann, wenn sich in der Stichwahl Bewerber aus konträren ideologischen Lagern (wie 1984) gegenüberstehen. Hingegen dürfte eine Paarung wie die des Jahres 1992, als die ideologisch verwandten Kandidaten *Nebot* (PSC) und *Durán Ballén* (PUR) in die Endrunde gelangten, einer eher fragmentierten Stimmenverteilung auf beiden Seiten des politisch-ideologischen Spektrums Vorschub leisten.

⁵⁰ Siehe *Oswaldo Hurtado* 1990 (I): 55.

⁵¹ Ähnlich die Argumentation von *Catherine Conaghan* (1994: 274): "Since the first round of the presidential elections runs concurrently with congressional elections, parties are hesitant not to present their own presidential candidate fearing that a lack of "coattails" will hurt their congressional ticket. As a result, it is electorally rational for all parties to field separate presidential and congressional tickets, even if the ideological or programmatic differences among candidates are barely discernible to voters." Generell zu den Negativimplikationen der Zusammenlegung der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen mit den Parlamentswahlen in einem Vielparteiensystem siehe *Shugart/Carey* 1992: 223 f.

zu präsentieren, kommt aus der Sicht der Parteien einer ambivalenten Botschaft an die Wähler gleich, die zu unterschiedlichen Stimmabgaben in den beiden Wahlen aufgefordert werden. Eine befriedigende Antwort auf die Frage, warum der im Plebiszit von 1994 enthaltene Vorschlag, bei den künftigen Urnengängen die Wahl zum Parlament mit der Stichwahl zum Präsidentenamt zu koppeln, keine Mehrheit erhielt, steht noch aus: Neben dem Umstand, daß diese Reform nicht von allen Parteien unterstützt wurde, muß u.a. wohl auch die mangelnde Fähigkeit eines Großteils der Wählerschaft, die Implikationen dieser Änderung zu erfassen, berücksichtigt werden.

Die Abneigung gegen die Bildung von Koalitionen für die Präsidentenwahl wird durch eine Vorschrift im Parteiengesetz verstärkt, die den Parteien die Formierung von Bündnissen in pluripersonalen Wahlen verbietet. Diese Vorschrift sollte Splitterparteien und Gruppierungen mit lediglich regionaler Präsenz das politische Überleben erschweren, hat aber indirekt eher zur Konservierung des *multipartidismo* beigetragen, weil die relative Stimmenmehrheit zum Gewinn eines Kongreßmandats ausreicht: Dadurch besitzen auch solche Parteien Chancen auf einen Einzug ins Parlament, die lediglich in einer Provinz oder in einigen wenigen Wahldistrikten politische Sympathien genießen. Dabei wäre die Fragmentierung der parlamentarischen Kräfteverhältnisse noch ausgeprägter, wenn das ecuatorianische Wahlgesetz bzw. der darin enthaltene Modus zur Transformation der Stimmenzahl in Abgeordnetensitze nicht regelmäßig die großen Parteien begünstigen würde.⁵² So überstieg der Anteil der vom *Partido Social Cristiano* (PSC) in den Wahlen von 1992 und 1996 gewonnenen Provinzmandate den entsprechenden Stimmenanteil um sechs bzw. fünf Prozentpunkte. Die bislang höchste Überrepräsentation verzeichnete im Jahre 1988 die *Izquierda Democrática* mit einem den Stimmenanteil um das Doppelte übersteigenden Anteil an den Provinzmandaten.⁵³

Die Abkehr von der Regel, in jeder Provinz mindestens zwei Provinzdeputierte zu wählen, die den bevölkerungsschwachen Provinzen (vor allem denen des Oriente) eine Überrepräsentation im Kongreß verschafft und der Übergang zu einem stärker repräsentativen Modus könnte, müßte aber nicht ohne weiteres zu einer Verkleinerung der Zahl der im Parlament vertretenen Fraktionen führen. Dies wäre nur dann zwingend, wenn die kleinen Parteien den überwiegenden Teil ihrer Stimmen aus den dünn besiedelten Provinzen beziehen würden, was jedoch nicht der Fall ist.

⁵² Zum Berechnungsmodus der Mandatzuteilung siehe die beiden Modellrechnungen im Anhang.

⁵³ Zum Problem der Über- und Unterrepräsentation von Parteien im Kongreß siehe *Mejía Acosta* 1996: 70 ff. sowie *León Velasco* 1996: 31.

Unabhängig davon, ob im Parlament acht oder elf Fraktionen vertreten sind, wirkt sich der zweijährige Wahlrhythmus für die Provinzdeputierten äußerst abträglich auf die Formierung regierungstragender Allianzen aus. Diese Regelung war 1983 mit dem Ziel eingeführt worden, den Wählern in kürzeren Zeitabständen eine Beurteilung der Arbeit der Volksvertreter zu ermöglichen. Hintergrund der Neuerung bildete die Obstruktionsstrategie des zum Parlamentsvorsitzenden avancierten CFP-Caudillos *Asaad Bucaram*, der mit der Mehrheit der CFP-Abgeordneten ein Bündnis mit Vertretern der Rechtsparteien eingegangen war, um die Regierungspläne des aus den eigenen Reihen stammenden Präsidenten *Roldós* zu torpedieren. Der Christdemokrat *Oswaldo Hurtado*, der als Präsident die Verfassungsänderung initiiert hatte, beurteilt diese Entscheidung heute als großen Fehler, da die seither alle zwei Jahre erfolgende Auswechslung der großen Mehrheit der Parlamentsabgeordneten die aus der Kombination des Präsidentialismus mit einem fragmentierten Parteiensystem resultierenden destruktiven Implikationen noch akzentuiert hat⁵⁴: Weil vor dem Hintergrund der hartnäckigen Wirtschaftskrise sämtliche Regierungen die (im Wahlkampf geweckten) Erwartungen der Wählerschaft nicht erfüllen konnten und alsbald einen deutlichen Sympathieverlust hinnehmen mußten, zeigten andere Parteifraktionen mit Blick auf den dichten Wahlkalender wenig Neigung zur parlamentarischen Unterstützung der Regierungspartei(en) - war damit doch das große Risiko verbunden, von den Wählern für die schwache Leistungsbilanz der Exekutive mit verantwortlich gemacht zu werden. Hingegen konnten diejenigen Parteien ein gutes Wahlergebnis erwarten, die sich durch eine dezidierte Oppositionshaltung profiliert hatten. Es gab keine Zwischenwahl, die nicht mit einem deutlichen Stimmenzuwachs für die Parteien der Opposition endete. Nicht nur, daß sich die Regierungsfraktion im Parlament nach den Halbzeitwahlen regelmäßig in einer noch schwächeren Position befand, zudem wurde es in der Folgezeit noch schwieriger, Zustimmung aus dem Lager der Oppositionsparteien zu umstrittenen Gesetzesvorhaben zu erhalten, weil diese durch eine solche Kooperation ihre Aussichten bei den näherrückenden Präsidentschaftswahlen nicht verschlechtern wollten. Das Wissen um die Regelmäßigkeit und Konsequenz, mit der die Wähler einer erfolglos agierenden Regierung das Vertrauen entzogen, wurde mithin zur zentralen Determinante des parlamentarischen Verhaltens und Taktierens der Oppositionsparteien.⁵⁵

⁵⁴ Siehe *Hurtado 1993*: 29 f.

⁵⁵ Der im Referendum von 1994 enthaltene Alternativvorschlag, die Amtszeit der Provinzdeputierten auf vier Jahre zu verlängern, erhielt keine Mehrheit, dies freilich aus Gründen, die mit dem Reformvorschlag als solchem wenig zu tun hatten.

All dies wird freilich nur im Kontext der anhaltenden Wirtschaftskrise und deren negativen sozialen Folgen verständlich: Die Enttäuschung über das Versagen der Regierung bei der Bewältigung der ökonomischen Probleme und der Verbesserung der Lebensbedingungen verhindert eine Bestätigung der Partei des Präsidenten in der nächsten Wahl und beschert den Oppositionskräften beträchtliche Stimmengewinne. In gewisser Weise stellen die ungelösten Wirtschaftsprobleme⁵⁶ selbst einen Stabilisierungsfaktor des *multipartidismo* dar, weil eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzung für ein verändertes Wählerverhalten und mithin für eine Ausdünnung der Parteienlandschaft schaffen würde.⁵⁷ Allerdings ist hier ein verhängnisvoller Mechanismus am Werk, dessen Charakteristika dem Bild eines Teufelskreises nahekommen: Die Unzufriedenheit der Wähler über die schlechte Wirtschaftslage schlägt sich in einem fragmentierten Wahlergebnis nieder, während die dadurch bedingte Kräftezersplitterung im Parlament eine konsequente Regierungspolitik zur Bekämpfung der ökonomischen Probleme verhindert. Anders ausgedrückt: Es sind die nämlichen parlamentarischen Verhaltensweisen, Manöver und Taktiken, die sich günstig auf die Chancen der Oppositionsparteien in den nächsten Wahlen auswirken und der Exekutive die Wahrnehmung ihrer zentralen Funktion so erschweren.

Da formelle Bündnisse mit anderen Fraktionen kaum zustande kommen und regelmäßig nur von kurzer Dauer sind, konzentrierten sich die Bemühungen der Regierung um eine Stärkung ihres Rückhalts im Parlament auf die Herbeiführung eines Frontwechsels einzelner Abgeordneter der Opposition. Dem politischen Seitenwechsel dürften zwar zumeist ernsthafte Differenzen zwischen dem Deputierten und seiner Fraktion oder Partei zugrundeliegen, gleichwohl steht der Regierung ein vielfältiges

⁵⁶ Zum Verlauf und den Charakteristika der seit 1982 anhaltenden Wirtschaftskrise siehe Acosta 1991 sowie Hoffmann 1995: 348 ff.

⁵⁷ Jones (1996) weist den Implikationen und Konsequenzen der gravierenden Wirtschafts- und Sozialprobleme für das Wahlverhalten in seiner Analyse der Auswirkungen der geltenden Wahlgesetze auf die Regierbarkeit präsidentieller politischer Systeme nur eine marginale Rolle zu. Dies resultiert in einem unrealistischen Vertrauen in die Möglichkeiten des *electoral engineering*. So plädiert er für die *plurality formula* bei der Präsidentschaftswahl, weil diese Koalitionsverhandlungen oder Parteizusammenschlüsse zweckmäßig erscheinen lasse (92, 156) und einen Trend zu wenigen Präsidentschaftsbewerbern fördere. Sollte dies in Ecuador praktiziert werden, wäre keinesfalls sicher, daß eine dieser Koalitionen eine legislative Mehrheit erzielen könnte, weil wahrscheinlich jede der relativ bedeutenden Parteien die Hegemonie in einer Koalition anstreben würde. Eine Koalition, die weniger als die Hälfte der Sitze kontrolliert, würde aber wahrscheinlich vor der nächsten Wahl auseinanderfallen, weil die kleineren Bündnispartner der Verantwortung für die schlechte wirtschaftspolitische Bilanz entfliehen wollen, um ihre Chancen im nächsten Umengang zu verbessern.

Arsenal an materiellen Lockmitteln zur Verfügung, um einen solchen Schritt zu fördern. Dieses reicht von Anstellungen in der staatlichen Verwaltung (für Verwandte) bis zu Zusagen zur Durchführung öffentlicher Arbeiten im Wahldistrikt des Abgeordneten. Mit Hilfe derart geködeter "Überläufer" ist es mehreren Regierungen gelungen, die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse zumindest zeitweise zu ihren Gunsten zu verändern.⁵⁸ Auch wenn diese politischen Frontwechsel primär auf das mangelnde ideologische Identifikationspotential der meisten Parteien verweisen, ist doch nicht zu übersehen, daß ein solches Verhalten durch das geltende Wahlgesetz begünstigt wird. Die negativen Effekte, die vom Verbot der direkten Wiederwahl auf die Loyalität der Abgeordneten gegenüber ihrer Partei ausgingen,⁵⁹ werden durch die Kürze des Mandats der Provinzdeputierten noch akzentuiert. Zudem wirkt diese Regelung der Sammlung politischer Erfahrungen entgegen, wobei weniger die kurze jährliche Sitzungsperiode des Parlaments als in erster Linie der Umstand zu bedenken ist, daß die Mehrheit der Deputierten keiner der ständigen legislativen Kommissionen angehört. Es bleibt abzuwarten, ob die durch das Ergebnis des Referendums von 1994 ermöglichte unmittelbare Wiederwahl für sämtliche politische Ämter mit Ausnahme der Präsidentschaft zu einer stärkeren Bindung der Mandatsträger an ihre Partei führt. Solange die politischen Institutionen auf der Munizipal- und kantonalen Ebene keine größere Autonomie erhalten und in starkem Maße von Finanztransfers aus der Hauptstadt abhängig bleiben,⁶⁰ werden die jeweiligen Inhaber der Regierungsmacht über attraktive Lockmittel verfügen, um einzelnen Abgeordneten eine Trennung von ihrer Fraktion schmackhaft zu machen.⁶¹ Unabhängig davon ist es nicht die eigentliche

⁵⁸ Die Bedingung der Möglichkeit zur Gewinnung einer größeren Handlungsfähigkeit der Regierung beruht paradoxerweise auf dem Umstand, daß "... parties are weak and lack discipline and that representatives behave in parochial and self-interested ways. ... It is the possibility of convincing individual legislators, of producing schisms within parties, of distributing pork barrels and forming local clientelistic alliances that enables a president to govern and enact his program without a majority." (Linz 1994: 34 f.)

⁵⁹ "La no reelección ha hecho aún más dispersa y disconexa la relación de responsabilidad entre el político y su electorado: si los representantes no están sujetos a una evaluación a *posteriori* de la función desempeñada, entonces no tienen por qué o por quién preocuparse, para gobernar bien durante su periodo en funciones." (Mejía Acosta 1996: 94)

⁶⁰ Detaillierte Informationen und Analysen zu dieser Problematik bietet die Weltbank-Studie Ecuador. *Public Sector Reforms for Growth in the Era of Declining Oil Output*. Washington 1991: 87 ff. Siehe dazu auch Simón Pachano 1996: 88 ff.

⁶¹ Von der Regierung Durán ist bekannt, daß sie mit Mitteln aus dem Geheimfonds des Präsidenten Stimmen von Abgeordneten aus den Reihen der Opposition regelrecht "gekauft" hat, um eine Parlamentsmehrheit für bestimmte Reformgesetze (v.a. Privatisierungsmaßnahmen) zu erhalten. (Vgl. León 1997: 5)

Funktion der Provinzdeputierten, in Quito hauptsächlich als Lobbyisten ihrer jeweiligen Wahldistrikte zu wirken.⁶²

Das von der Interimsregierung *Alarcón* im Mai 1997 durchgeführte Plebiszit bot die Möglichkeit, zumindest eine der vorstehend analysierten dysfunktionalen Bestimmungen zu reformieren, doch erhielt die den Wählern offerierte Alternative, die Parlamentswahl künftig zeitgleich zur Stichwahl zum Präsidentenamt durchzuführen, wie schon im Referendum von 1994 keine Mehrheit. Hingegen hießen die Stimmbürger einen anderen Reformvorschlag gut, der zwar tendentiell einer Verkleinerung der Zahl der im Parlament vertretenen Parteien förderlich sein kann, der aber gleichzeitig zu einer Erhöhung der Quote der Nichtwähler bzw. der ungültigen Stimmen führen dürfte: an die Stelle der bisherigen Regelung, in pluripersonalen Wahlen (z.B. für nationale und provinziale Deputierte) nur für die Liste einer Partei votieren zu können, soll die Auswahl einzelner Kandidaten von einer oder mehreren Listen für die zu besetzenden Funktionen treten.⁶³ Im Unterschied zu anderen Ländern, wo dieses System des "Panaschierens" eine Option darstellt, die von der Mehrheit der Wähler nicht genutzt wird, soll das Verfahren in Ecuador - setzt man das Ergebnis des Plebiszits wortgetreu um - obligatorisch werden. Dieses Stimmgebungsverfahren ist nicht nur zeitaufwendig und damit unpraktisch, es dürfte auch einen großen Teil der Wähler überfordern und insbesondere die Analphabeten vor eine schier unlösbare Aufgabe stellen.⁶⁴

- Politische Kultur und politischer Stil

In Ecuador lassen sich lediglich Ansätze einer demokratischen politischen Kultur ausmachen. Weder hatte die Bevölkerung in den zurückliegenden Dekaden die Möglichkeit, längere Erfahrungen mit demokratischen Regierungssystemen zu sammeln, noch waren die Charakteristika der jüngsten demokratischen Entwicklungsphase geeignet, in großen Teilen der Gesellschaft eine positive Grundeinstellung zu demokratischen Institutionen und Verfahren entstehen zu lassen. Der ungewöhnlich lange

⁶² Siehe dazu die höchst instruktiven Ausführungen von *Simón Pachano* 1996: 92

⁶³ Der ehemalige TSE-Vorsitzende *Tito Cabezas* sieht darin "... una alternativa para mejorar las condiciones de idoneidad y profesionalismo de los candidatos" (1997: 277).

⁶⁴ Zur Kritik von Politologen und Rechtsexperten an diesem Stimmgebungsverfahren siehe *El Comercio* vom 22.6.1997

Bestand des Ende der 70er Jahre reetablierten demokratischen Systems wird in der Öffentlichkeit kaum gewürdigt, weil diese Zeit von tiefgreifenden Wirtschaftsproblemen, einer drastischen Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen und einer Abfolge glücklos agierender Regierungen geprägt war. Während der weit überwiegende Teil der Bevölkerung zur Zeit der Militärherrschaft mit Ausnahme des suspendierten Wahlrechts keine nennenswerten politischen Restriktionen zu spüren bekam und die vom Erdölboom angetriebene Konjunktur auch große Segmente der Unterschichten in bescheidener Weise am neuen nationalen Reichtum partizipieren ließ,⁶⁵ wurde die sukzessive Erosion des gegen Ende der 70er Jahre etablierten Lebensstandards zum dominanten Merkmal der demokratischen Entwicklungsphase. Die Enttäuschung über diese Zustände hat nicht nur zu einem beträchtlichen Prestigeverlust der Parteien und Politiker, sondern auch zu einer sinkenden Wertschätzung des demokratischen Regierungssystems an sich geführt.⁶⁶ Die *pugna de poderes* und der häufig mit spektakulären Exzessen verbundene Dauerstreit im Parlament gelten in der Öffentlichkeit als Beleg für die Verantwortungslosigkeit der politischen Klasse, die allem Anschein nach ihre eigenen Interessen höher einstuft als jene der Nation.⁶⁷

Die Grundzüge der politischen Kultur entsprechen dem lateinamerikanischen Regelfall, für den eine beträchtliche Kluft zwischen politischer Norm und politischer Wirklichkeit konstitutiv ist.⁶⁸ Politische Macht und Einfluß machen sich zumindest ebenso stark über informelle wie über institutionelle Kanäle bemerkbar. Die Eigenarten der politischen Kultur manifestieren sich in einem Staat(sapparat), der seine gesetzlich

⁶⁵ Zur Politik des Militärregimes 1972-1979 siehe *Karl-Dieter Hoffmann 1985*: Kapitel 8.

⁶⁶ Eine 1994 von der Zeitschrift *Cambio 16* in mehreren lateinamerikanischen Staaten durchgeführte Umfrage zum Vertrauen der Bürger in das demokratische Regierungssystem erbrachte für Ecuador besonders schlechte Resultate. Nur 28% der Befragten vertraten eine positive Meinung zum geltenden Wahlsystem, lediglich 11% sprachen dem Parlament und nur 8% den politischen Parteien ihr Vertrauen aus, hingegen vertrauten 25% der befragten Personen den Streitkräften. Auch wenn diese Ergebnisse durch andere Umfragen bestätigt wurden (siehe *Colburn 1996*: 75), sollten sie aufgrund der mangelnden Bildung und Infomiertheit vieler Bürger nicht zum Nennwert genommen, sondern nur als allgemeines (gleichwohl aussagekräftiges) Stimmungsbild aufgefaßt werden. Siehe auch *Anita Isaacs 1996*: 54 sowie *Simón Pachano 1996*: 48.

⁶⁷ "More often than not, party politics appears to the public as a series of power grabs, scandals, personal vendettas, and insult matches. Through their rhetoric and behavior, political elites hold a large measure of responsibility for demeaning democratic institutions and delegitimizing them in the public mind." (*Catherine Conaghan 1995*: 456)

⁶⁸ Eine konzise Charakterisierung der politischen Kultur Ecuadors bietet *Oswaldo Hurtado*: "Cultura Política", in: ILDIS (Ed.): "Léxico político ecuatoriano". Quito 1994: 107-111. Zur politischen Kultur Ecuadors siehe auch *Bustamante 1996*.

definierte Autorität innerhalb der Gesellschaft nur unvollkommen durchzusetzen vermag. Aufgrund einer weitgehend ineffizienten und z.T. korrupten Bürokratie besitzen die staatlichen Einrichtungen ganz allgemein ein eher schlechtes öffentliches Ansehen. Persönliche Beziehungen und einflußreiche Stellungen ermöglichen die Umgehung von gesetzlichen Normen und die Nutzung von Privilegien. Die relativ geringste praktische Bedeutung haben die gesetzlichen Vorschriften für die an der Spitze und für die an der (breiten) Basis der Gesellschaftspyramide befindlichen Personen und Gruppen, wobei der Alltag großer Teile der Marginalbevölkerung von informellen Regeln geprägt wird.

Die Spezifika der politischen Kultur tragen zur Aufrechterhaltung eines soziopolitischen Kontextes bei, der politischen Parteien keine günstigen Entwicklungsbedingungen bietet. Der Erfolg einer Partei hängt weniger von deren Ideologie oder Regierungsprogramm ab als von der Aufmerksamkeit und Sympathie, die ihre Spitzenvertreter in der Öffentlichkeit zu wecken vermögen. Für die enorme Bedeutung des *personalismo* in der ecuatorianischen Politik spricht auch die Tatsache, daß bei keiner anderen Abstimmung regelmäßig eine höhere Wahlbeteiligung registriert wird als bei der auf zwei Kontrahenten reduzierten Stichwahl zum Präsidentenamts.⁶⁹ Die im Wahlkampf vorherrschende Praxis, in der Eigenwerbung Personen in den Vordergrund zu rücken und programmatische Aussagen zu vernachlässigen bzw. auf oberflächliche und eingängige Floskeln zu reduzieren, hat durch die in den letzten beiden Dekaden immer wichtiger gewordene Wahlkampagne via TV eine neue Dimension angenommen.⁷⁰ Statt Sachargumenten dominieren harte Verbalattacken gegen die politischen Konkurrenten, wobei Beleidigungen und Verleumdungen von Repräsentanten gegnerischer Parteien an der Tagesordnung sind.⁷¹ Zweifellos haben die rüden Umgangsformen im Verhältnis der Parteien und Politiker nicht unwesentlich zum Prestigeverlust der demokratischen Institutionen beigetragen, gleichzeitig können aber auch

⁶⁹ Siehe *León Velasco* 1993: 7.

⁷⁰ Dabei wirkt sich die wachsende Bedeutung des Fernsehens in der Wahrnehmung des politischen Prozesses abträglich auf die Institutionalisierung des Parteiensystems aus: "In Countries where party organizations had historically been weak, television has dampened possibilities for their eventual emergence. There is less need to build disciplined and well-organized parties when television can project a sympathetic image of the individual candidate's personality." (*Mainwaring/Scully* 1995b: 471)

⁷¹ So wurde der Umstand, daß *Nuevo País*-Präsidentenskandidat *Freddy Ehlers* mit einer Peruanerin verheiratet ist, von Vertretern der Rechten zum Vorwand genommen, diesem die Bereitschaft zu unterstellen, nach einem möglichen Wahlsieg eine für Ecuador nachteilige Regelung des schwelenden Grenzkonflikts mit Peru zu akzeptieren. In Anspielung auf den Namen des peruanischen Staatstheaters wurde *Ehlers* in der Wahlkampf-Graffiti als "Freddymori" bezeichnet.

nur jene Parteien und Kandidaten öffentliche Aufmerksamkeit erregen, die mit möglichst spektakulären Aktionen und propagandistischen Verlautbarungen in Erscheinung treten. Daher können auch die relativ "modernen" Parteien ID und DP die gegebenen Bedingungen nicht schlicht ignorieren und müssen sich im Wahlkampf zwecks Wahrung ihrer Chancen zumindest partiell ebenfalls "populistischer" Taktiken und Instrumente bedienen.

Ohne eine verlässliche Gruppe von Stammwählern und angesichts einer durch die hartnäckige Wirtschaftskrise maßgeblich geförderten Instabilität des Wählerverhaltens, die die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien von Wahl zu Wahl neu definierte, setzten die Parteien auf die sich alsbald bewährende Strategie, die eine strikte Oppositionshaltung mit einem guten Wahlergebnis zu belohnen versprach. Dabei begnügten sich Teile der Opposition nicht damit, die Versäumnisse und Schwächen der Exekutive den eigenen politischen Ambitionen dienstbar zu machen, vielmehr schöpften sie alle Möglichkeiten aus und ersannen immer neue Störmanöver, um das Ausmaß des Scheiterns der Regierung zu steigern. Durch solche Intentionen und Ziele erhielt die *pugna de poderes* eine überwiegend destruktive Stoßrichtung, die auf die Abwesenheit eines demokratischen Fundamentalkonsenses unter den Parteien hinweist. Abweichend von der jüngeren politischen Entwicklung in anderen Staaten der Region, wo die traumatischen Erfahrungen mit repressiven autoritären Regimen die Verständigung der großen Mehrheit der politisch relevanten Akteure auf unveräußerliche demokratische Grundprinzipien gefördert hat, deutet in Ecuador kaum etwas auf die Existenz eines derartigen Basiskonsenses und mithin die parteiübergreifende Anerkennung demokratischer Minimalstandards hin. Die für die Demokratie so grundlegende Suche nach Kompromissen durch Annäherung unterschiedlicher Positionen kommt nur in Ausnahmefällen zur Geltung.⁷² Es fehlt eine Atmosphäre der Toleranz, in der trotz unverkennbarer Interessengegensätze ein gewisser Respekt für abweichende Meinungen erhalten bleibt. Vielmehr dominiert das Trennende, das den politischen Konflikt zum Selbstzweck erhebt und dem Gemeinwohl jenseits pathetischer Deklamationen wenig reale Bedeutung einräumt und aus kurzfristigem politischem Kalkül Kompromisse verweigert und auf konsequente Konfrontation setzt.⁷³

⁷² Dabei wäre das Vorhandensein eines demokratischen Basiskonsenses und die Bereitschaft zu Kompromißlösungen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders wichtig: "En un período de aguda crisis económica como el que actualmente vive el país, los acuerdos, los compromisos y los convenios son más necesarios que antes. (...) Pero en Ecuador la crisis ha servido, más bien, para incrementar los conflictos y exacerbar las posiciones políticas." (*Hurtado 1994: 108*)

⁷³ Laut *Simón Pachano* (1996: 32) existiert in Ecuador nicht "lo que podría denominarse un pacto "fundacional" del ordenamiento democrático."

Dies manifestiert sich besonders deutlich in dem Faktum, daß der Konflikt zwischen Exekutive und Legislative auf seiten der parlamentarischen Opposition häufig auch solche Parteien einschließt, die sich durch eine mehr oder weniger starke ideologisch-programmatische Affinität zu der Partei des Präsidenten auszeichnen. Zwischen solchen Parteien kam es allenfalls zu einer sporadischen Kooperation, und dies zumeist auch nur in der frühen Phase der Legislaturperiode, höchst selten jedoch nach den Zwischenwahlen, deren Ergebnisse einen untrüglichen Indikator für den Sympathieverlust der Regierung darstellen. Generell richten auch diese Oppositionsparteien in solchen Fällen ihr Verhalten primär nach wahltaktischen Erwägungen aus, während sachpolitischen Aspekten nur eine geringe Rolle zukommt. In gewisser Weise erhält die allein am Ergebnis der nächsten Wahlen orientierte Oppositionstaktik in derartigen Konstellationen ihren konsequentesten Ausdruck: Nicht trotz, sondern gerade wegen der ideologisch-programmatischen Nähe zum Kontrahenten in der Exekutive muß die Distanzierung von diesem besonders unmißverständlich und medienträftig in Szene gesetzt werden. Die Wahlergebnisse haben ein solches Verhalten ein ums andere Mal honoriert. Beispiele für ein dominant konfrontatives Verhältnis zwischen ideologisch verwandten Regierungs- und Oppositionsparteien bilden die Beziehung der ID zur Regierung *Hurtado* (1981-84), das Verhältnis der *Democracia Popular* zur Regierung *Borja* (in den Jahren 1989-1992) sowie die Frontstellung zwischen der Administration von Präsident *Durán Ballén* und dem PSC (1992-1996).

Von geringerer Bedeutung, aber durchaus erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der Fraktionen der kommunistischen und sozialistischen Parteien. Aus deren Sicht gehören die Christ- und Sozialdemokraten dem "bürgerlichen" Lager an, das der Bewahrung des sozioökonomischen Status quo verpflichtet ist, so daß eine von diesen Parteien gestellte Regierung von seiten der Deputierten des PSE und des MPD kaum weniger Nachsicht und Schonung erfuhr als die Regierungen konservativer oder populistischer Provenienz. Auch vor Stichwahlen mit Beteiligung eines Mitte-Links-Kandidaten konnte dieser nicht mit einer ent-sprechenden Empfehlung der links-radikalen Formationen an ihre Sympathisanten rechnen.⁷⁴

Während die Regierungspartei auch von ideologisch verwandten Gruppierungen somit allenfalls eine sporadische Unterstützung erwarten konnte, kam es auf seiten der Opposition häufig zur Formierung taktischer Bündnisse ideologisch höchst konträr ausgerichteter Parteien, die allein das gemeinsame Interesse an einer Schwächung der

⁷⁴ Vor der Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten *Borja* und dem ultrakonservativen *Febres Cordero* (1984) empfahlen PSE und MPD ihren Anhängern die Abgabe leerer Stimmzettel. (Vgl. *Ramos 1984*: 30)

Exekutive zusammenführte. Dies gilt insbesondere für das Interpellationsverfahren gegen Kabinettsmitglieder, das häufig angewandt und in den meisten Fällen für vordergründige politische Zwecke mißbraucht wurde.⁷⁵ Die Regierung *Borja* verlor durch diese *juicios políticos* innerhalb von 14 Monaten nach ihrem schlechten Abschneiden in der Halbzeitwahl von 1990 nicht weniger als sechs Kabinettsmitglieder.⁷⁶ Die Bildung "destruktiver" Allianzen gegen die Exekutive ist in bezug auf Wählerreaktionen mit wesentlich geringeren Risiken verbunden als die Formierung "konstruktiver" Bündnisse mit der Regierungspartei und verspricht in der Regel vielmehr reichen Lohn an den Wählern, weil bei der Stimmabgabe für die Masse der Wähler die Beurteilung der Regierungsleistung im Vordergrund steht: Weitgehend unabhängig vom konkreten Verhalten der Opposition wird die Verantwortung für eine schwache Regierungsbilanz von der Masse der Wähler einseitig auf Seiten der Exekutive verortet.⁷⁷

Die geringe Kooperationsneigung ideologisch verwandter Parteien macht sich folgerichtig auch außerhalb des Parlaments bemerkbar: Obwohl die ID 1996 erstmals eigenen Präsidentschaftskandidaten aufbot, blieben die Bemühungen des christdemokratischen Spitzenkandidaten *Rodrigo Paz* um eine Unterstützung seiner Kandidatur durch die Sozialdemokraten ohne Erfolg. Diese Weigerung läßt sich partiell durch die anhaltenden Ressentiments in der Führung der ID wegen der wenig kooperativen Haltung der DP zur Regierung *Borja* erklären; ausschlaggebend dürfte indes die Überlegung gewesen sein, daß ein Sieg von *Paz* die Chancen der ID in den nächsten Präsidentschaftswahlen von vornherein verschlechtern mußte, weil in keiner Wahl seit 1979 Bewerber ideologisch affiner Parteien aufeinandergefolgt sind. Daß *Paz* den Einzug in die Stichwahl verfehlte, hatte allerdings weniger mit der fehlenden Unterstützung durch die ID als mit dem Auftauchen einer neuen Mitte-Links-Partei (*Nuevo País*) zu tun, die der DP potentielle Stimmen wegnahm und damit maßgeblich

⁷⁵ "Occasionally, the process of *juicio político* has exposed corruption and other illegal practices. But more often than not, it has replaced debate and discussion over policies, serving merely as an oppositionist device, designed to weaken and discredit the executive." (*Isaacs 1996: 46*)

⁷⁶ Während der z.T. recht langwierigen Interpellationsverfahren kommt die normale parlamentarische Arbeit fast gänzlich zum Erliegen.

⁷⁷ Die Einschätzung von *Krumwiede* ("Wenn der Präsident im Kompetenzstreit mit dem Parlament glaubhaft zu machen versteht, daß die Parlamentarier unter Berufung auf rechtliche Kompetenzen eine an Effizienzkriterien orientierte Wirtschaftspolitik gefährden, schmälert dies das Prestige des Parlaments." (1997: 32)) mutet angesichts der gegebenen politischen Realität in Lateinamerika (mangelnde politische Informiertheit der Masse der Wähler) befremdlich an; dazu kommt, daß die Präsidenten in der Regel wenig populäre neoliberale Programme vertreten, deren Ablehnung der jeweiligen Opposition eher Sympathien einbringen dürfte.

dazu beitrug, daß der Populist *Bucaram* die zweithöchste Stimmzahl erreichte.

Das weiter oben konstatierte Fehlen eines demokratischen Fundamentalkonsenses stellt in gewisser Weise eine beschönigende Beschreibung der Situation dar angesichts des bedenklichen Faktums, daß großen Teilen der politischen Rechten die Bindung an demokratische Grundprinzipien abgesprochen werden muß. In den konservativen Parteien und namentlich im PSC gibt es maßgebliche Gruppen, die nicht davor zurückschrecken, mit autoritären Kräften (v.a. im Militär und der Wirtschaftsoligarchie) zu paktieren oder zu dubiosen und extralegalen Mitteln zu greifen, um Entwicklungen zu verhindern, die ihren Interessen zu schaden drohen bzw. dem politischen Gegner zu nutzen scheinen.⁷⁸ Diese Politiker und die mit ihnen verbündeten Machtgruppen akzeptieren oder präziser: tolerieren demokratische Institutionen und Verfahren nur so lange, wie diese mit der Bewahrung oder Vergrößerung ihres Einflusses vereinbar sind. Exponent dieser antidemokratischen Kräfte ist kein geringerer als Expräsident *León Febres Cordero*, der sich in seiner Amtszeit durch einen äußerst autoritären Regierungsstil und eine offenkundige Geringschätzung demokratischer Gepflogenheiten auszeichnete.⁷⁹ Auch hatte er keine Skrupel, durch eine primär wahltaktisch motivierte starke Erhöhung der Staatsausgaben im letzten Amtsjahr die ökonomischen

⁷⁸ Als sich nach der ersten Wahlrunde von 1978 die Möglichkeit eines Sieges des Gespanns *Roldós/Hurtado* abzeichnete, versuchten diese Kräfte, den Zweitplazierten *Durán Ballén* zum Verzicht auf seine Kandidatur zu bewegen, um so die Stichwahl zu verhindern und der Entwicklung eine neue, den eigenen Interessen weniger abträgliche Richtung geben zu können. (Siehe *Hurtado 1990 (I)*: 84; für frühere Störmanöver der Ultrarechten unter Führung *Febres Corderos* gegen die demokratische Transition siehe ebd.: 58)

⁷⁹ Als *Febres Cordero* 1984 in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen entgegen den Ergebnissen von Meinungsumfragen nur die zweithöchste Stimmzahl erreichte, warf er der Regierung und der TSE Betrug vor. Präsident *Hurtado* teilte daraufhin der Militärführung mit, daß er öffentliche Unruhen erwarte, falls *Febres* auf seine mögliche Niederlage in der Stichwahl diesbezügliche Anschuldigungen erhebe und damit Proteste seiner Anhänger provoziere. Um Manipulationsvorwürfen vorzubeugen und größtmögliche Neutralität zu demonstrieren, hatte Präsident *Hurtado* die Erstellung der Wahlregister, für die normalerweise der dem Innenministerium zugehörige *Registro Civil* zuständig ist, gänzlich dem TSE übertragen, was von der Rechten allerdings in keiner Weise gewürdigt wurde. Eine Parlamentskommission fand keinerlei Anhaltspunkte für die von *Febres* erhobenen Vorwürfe, die völlig verstummen, als dieser in der Stichwahl triumphierte. (Vgl. *Hurtado 1990 (I)*: 164 ff.) *Hurtados* Urteil über die Amtsführung seines Nachfolgers könnte vernichtender kaum ausfallen: "En la historia del Ecuador es difícil encontrar otro gobierno que haya hecho de la deshonestidad, en todos los órdenes, su norma de conducta cotidiana, excepto quizá el que presidió Ignacio de Veintimilla." (*1990 (I)*: 194) Wiewohl grundsätzlich bekannt, ist das wahre Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen, die im Zusammenhang mit der Bekämpfung einer relativ unbedeutenden Guerillagruppe unter der Regierung *Febres* begangen wurden, erst sehr viel später aufgedeckt worden. (Siehe *Lateinamerika Nachrichten* (Berlin) Nr. 271 (Jan. 1997), 43-46)

Ausgangsbedingungen seines Amtsnachfolgers massiv zu verschlechtern.⁸⁰ Niemals seit 1979 hat ein ecuatorianischer Präsident zu Beginn seines Mandats Wirtschaft und Staatsfinanzen in einem ähnlich desolaten Zustand vorgefunden wie im August 1988 der Sozialdemokrat *Rodrigo Borja*.⁸¹ Ohne eine Schwächung dieser autoritären Kräfte und Tendenzen und die Herausbildung einer demokratisch verlässlichen politischen Rechten dürfte eine Bewahrung und Konsolidierung der ecuatorianischen Demokratie kaum möglich sein:

"Yet, the maturation of the political right as a democratic force has been retarded by the problems that have weakened the development of parties of the center and left. Because of their lack of resources, extensive fragmentation, and feeble coalition-building capacities, the parties of the center-left have not evolved to the point where they provide effective "checks and balances" on the behavior of the right. This disequilibrium in the party system may prove fatal to democracy, since right-wing interests are willing to resort to extralegal means of resolving conflict when their access to the policy-making process is in jeopardy." (*Conaghan 1987: 160 f.*)

Die Tatsache, daß der ultrakonservative PSC seinen größten Wählerzuspruch in der Küstenregion findet, wo auch die populistischen Formationen regelmäßig ungleich höhere Stimmenanteile verzeichnen als in den Sierraprovinzen, verweist auf die politische Relevanz des Regionalismus, der in den beiden Hauptregionen jenseits gemeinsamer Merkmale unterschiedliche politische Subkulturen hat entstehen lassen, die sich darin manifestieren, daß sich der Rückhalt und die Wahlchancen der wichtigsten politischen Strömungen und Parteien aufgrund der markant divergierenden politischen Präferenzen und Dispositionen der Wählerschaft in Costa und Sierra höchst ungleich darstellen.⁸²

Die außergewöhnliche politische Bedeutung des ecuatorianischen Regionalismus beruht auf dessen ausgeprägtem Dualismus in Form der traditionellen Rivalität und Interessengegensätze zwischen den beiden geographisch-klimatisch und partiell auch ethnisch so verschiedenen Hauptsiedlungsgebieten Costa und Sierra im allgemeinen und den zwei bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich dominierenden Provinzen *Guayas* und *Pichincha* im besonderen. Der Logik konzentrischer Kreise entsprechend, findet das Phänomen seinen extremsten Ausdruck im Verhältnis zwischen den beiden größten Städten des Landes, dessen konflikträchtiger Charakter sich aus einer Reihe

⁸⁰ Siehe *J. Schuldt 1994: 66.*

⁸¹ Siehe *Hoffmann 1991: 49 f.*

⁸² Siehe *Saint-Geours 1988: 24.*

von Faktoren speist: Es sind die beiden mit Abstand größten Städte des Landes, deren eine (Quito) ihre Bedeutung politisch - als Hauptstadt und mithin Regierungssitz - definiert, während die andere (Guayaquil) als wichtigste Wirtschaftsmetropole figuriert, die u.a. den Großteil des Außenhandels abwickelt. Obwohl einige der historischen Determinanten des Regionalismus inzwischen weggefallen sind oder stark an Gewicht verloren haben, lebt das Phänomen auf der Basis einer Mischung aus realen regionalen Differenzen und Eigenarten mit einer kräftigen, von politisch-psychologischen Faktoren genährten Eigendynamik quasi unvermindert fort.⁸³ Daher kommt regionalistischen Motiven unter den wahlentscheidenden Faktoren eine herausragende und in der Stichwahl die letztlich ausschlaggebende Rolle zu.⁸⁴ Hervorhebung verdient die Tatsache, daß regionalistische Argumente im politischen Diskurs von Costa-lastigen Parteien eine weitaus größere Rolle spielen als dies bei Formationen mit überwiegendem Sierra-Rückhalt der Fall ist. Das rührt daher, daß die gegebene Konstellation zwischen dem politischen Machtzentrum im Hochland und dem wichtigsten Wirtschaftsstandort Guayaquil nur den Politikern der Costa die (im Wahlkampf weidlich ausgenutzte) Möglichkeit gibt, eine systematische Vernachlässigung der regionalen Interessen durch die Zentralregierung in Quito zu beklagen. Die beachtliche Resonanz solcher Vorwürfe in der Costa-Bevölkerung beruht weniger auf dem Wahrheitsgehalt der Anschuldigungen als deren dauernder Wiederholung. So ist die Tatsache, daß der PSC sich von dem schlechten Wahlergebnis nach dem Ende der Regierungszeit von *Febres Cordero* (1988) rasch erholt hat und seit 1990 die stärkste Parlamentsfraktion stellt, nicht zuletzt auf den dezidiert regionalistischen Diskurs der Partei zurückzuführen. Beachtung verdient der besonders geringe Wählerzuspruch für die beiden "modernen" Parteien ID und DP in den Costa-Provinzen und vor allem in Guayas und Guayaquil.⁸⁵

⁸³ Eine der wichtigsten realpolitischen Reproduktionsfaktoren des Regionalismus stellt zweifellos die mangelnde Autonomie der regionalen und lokalen Verwaltungsebenen dar: "(D)entro de cada sociedad regional - así como entre ellas y frente al gobierno central - se producen conflictos que deben ser reconocidos, procesados y resueltos; para esto sería necesario que, dentro de cada región, existiera la institucionalidad adecuada, dotada de la suficiente capacidad de gobierno, es decir, que se conformaran verdaderos órganos de poder local o regional. Sin embargo, ésta es una gran ausencia del sistema político e institucional ecuatoriano. Por ello, los conflictos inter e intraregionales tienden a expresarse de cualquier manera y por cualquier medio; y ya que el que está a su alcance es el sistema institucional nacional, no resulta extraño que sea utilizado para esos fines. Por ello, los partidos políticos ecuatorianos expresan, en gran medida, intereses regionales antes que posiciones ideológicas o propuestas políticas de alcance nacional." (*Pachano 1996: 94*)

⁸⁴ Zum Einfluß des Regionalismus auf die Wahlergebnisse der letzten Zeit siehe *Villavicencio 1990*, *Menéndez-Carrión 1991* sowie *Pachano 1996: 81 ff.*

⁸⁵ So betrug z.B. bei den Provinzdeputierten-Wahlen von 1996 das höchste Ergebnis, das die ID in den verschiedenen Wahlbezirken (*parroquias*) von Guayaquil zu erzielen vermochte,

Die Wahlbevölkerung der Sierra und insbesondere der wichtigsten Provinz *Pichincha* mit der Hauptstadt Quito zeichnet sich durch eine höhere Konstanz im Abstimmungsverhalten und in der ideologischen Grundorientierung aus, während die Mehrheit der Costa-Wähler regionalistischen Erwägungen im Zweifelsfall stets den Vorzug vor ideologischen Kriterien gibt. So stimmte der größte Teil jener Costa-Wähler, die 1984 im ersten Wahlgang für linke und populistische Kandidaten votiert hatten, in der Stichwahl für den erzkonservativen *Febres Cordero* von der PSC, was diesem den Wahlsieg über den hochfavorisierten Sozialdemokraten *Borja* einbrachte. Seinen krassesten Ausdruck fand der Sierra-Costa-Gegensatz im Ergebnis der Präsidentschaftswahlen von 1988. Das Resultat der ersten Abstimmungsrunde bestimmte den Sozialdemokraten *Borja* und den Populisten *Bucaram* zu Finalisten, wobei die Stimmen für ersteren zu zwei Dritteln von Sierra-Wählern stammten, während acht von je zehn *Bucaram*-Wählern solche der Küstenregion waren.⁸⁶ In der Stichwahl - die *Borja* mit 52,8% der Stimmen gewann - siegte der Sozialdemokrat in allen Hochland- und Orientprovinzen, wobei er in *Pichincha* mit 78% das höchste Ergebnis erzielte. *Bucaram* triumphierte in allen Costa-Provinzen und verzeichnete in *Guayas* mit 67,3% sein bestes Resultat.⁸⁷

Die Regelmäßigkeit, mit der die *binomios* aus Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidat jeweils beide Regionen berücksichtigen, entpringt weniger dem Kalkül, dadurch die Wahlchancen des Gespanns zu verbessern als dem Wissen darum, diese bei einem regional einseitig besetzten "Ticket" zu mindern. Nachdem es in den Stichwahlen von 1984 und 1988 zu einer Konfrontation zweier Bewerber von Parteien mit eindeutigen regionalen Schwerpunkten gekommen war, ergab sich 1992 eine andere Konstellation: Der langjährige PSC-Spitzenpolitiker *Durán* trat auf den PSC-Kandidaten *Nebot*. Daß es zu dieser Finalpaarung kam, lag an der großen Enttäuschung über die Bilanz der Regierung *Borja*, wodurch - der seit 1978/79 von

bescheidene 2,54 %, während das entsprechende Resultat für die DP sich zwischen 0,48 und 4,43 % bewegte. Von den 1992 von der DP insgesamt gewonnenen 53 Stadtratsmandaten entfielen lediglich vier auf Wahlbezirke der Costa; zehn der elf christdemokratischen Provinzdeputierten im Kongreß 1996-98 waren in Provinzen des Hochlands und des Oriente gewählt worden, und von den insgesamt 513.464 Stimmen (= 13,48 % der gültigen Stimmen), die *Rodrigo Paz* in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen von 1996 erzielte, stammten nur 19,46 % aus dem Costa-Gebiet; in *Guayas* kam *Paz* auf 4,08 % der gültigen Stimmen. (Eigene Berechnungen nach Daten des TSE)

⁸⁶ *Borja* erzielte damals in *Guayas* 12,26 % der gültigen Stimmen, während *Bucaram* in *Pichincha* auf einen Anteil von lediglich 5,04 % kam.

⁸⁷ Zur Analyse der Wahl von 1988 siehe *Hoffmann 1991*: 45 f. Einen nur partiell überzeugenden Versuch zur Erklärung der Attraktivität des Populismus in *Guayaquil* hat *Nearete (1994)* vorgelegt.

Wahl zu Wahl zu beobachtenden Links-Rechts-Pendelbewegung entsprechend - die Aussichten auch für andere Mitte-Links-Parteien sehr schlecht waren. Dennoch enthielt der Ausstich in gewisser Weise eine regionalistische Komponente durch den Umstand, daß die Person *Sixto Durán Balléns* aufgrund seiner früheren Funktion als Bürgermeister von Quito in der Sierra große Sympathien genoß, während *Nebot* als Vertreter einer Costa-lastigen Partei und enger Vertrauter des unbeliebten *Febres Cordero* auf breite Ablehnung stieß.⁸⁸ 1996 standen sich dann zum ersten Mal zwei "reine" Costa-Politiker in der Stichwahl gegenüber: für den PSC erneut *Jaime Nebot* und der Populist *Bucaram*. Zu dieser Paarung hatte es nur kommen können, weil eine neue Mitte-Links-Partei das Stimmenpotential dieses Wählersegments nunmehr auf drei größere Formationen verteilte und damit die guten Aussichten des Christdemokraten *Rodrigo Paz* auf eine Teilnahme an der Stichwahl vereitelte. Insofern könnte man *Nuevo País*-Kandidat *Freddy Ehlers* als besten und entscheidenden Wahlhelfer *Bucarams* bezeichnen. Dessen Sieg in der Stichwahl ging in bedeutendem Maße auf den Umstand zurück, daß ein Großteil der Sierra-Bevölkerung mit ihrer Stimme in erster Linie einen Erfolg des PSC-Kandidaten *Nebot* verhindern wollte, so daß *Bucaram* als kleineres Übel zu reüssieren vermochte.⁸⁹

Die in der aktuellen demokratischen Phase registrierten Wahlergebnisse deuten darauf hin, daß die Wähler der Sierra viel eher bereit zu sein scheinen, einer wenig erfolgreichen Regierung das Vertrauen zu entziehen, und zwar weitgehend unabhängig davon, ob die Partei des Präsidenten ihren traditionell stärksten Rückhalt im Hochland besitzt oder nicht. Hingegen können regierende Costa-lastige Parteien auch bei einem insgesamt bescheidenen bis negativen Leistungsausweis wohl mit einer gewissen Nachsicht bei ihrer regionalen Wählerschaft rechnen. Diese Hypothese stützt sich auf die Erfahrung des PSC, des es als bisher einziger Regierungspartei gelungen ist, in den Zwischenwahlen (1986) ein besseres Ergebnis zu erzielen als in der Wahl vor Über-

⁸⁸ Zur Bedeutung des Regionalismus in der Präsidentschaftswahl von 1992 siehe *Hoffmann* 1995: 57.

⁸⁹ Dies wurde durch das Ergebnis des Referendums vom Mai 1997 bestätigt, als im Vergleich zur Costa-Region ein wesentlich größerer Teil der Sierra-Wählerschaft die Absetzung *Bucarams* durch das Parlament nachträglich guthieß. Bei einer Beteiligung von 58 % der Wahlberechtigten antworteten auf die entsprechende Frage 91 % der Wähler in Pichincha mit "Ja"; in den beiden nächstgrößten Hochlandprovinzen betrug der "Ja"-Stimmen-Anteil 86,6 bzw. 85,1 %, während es in den Costaprovinzen Los Ríos und El Oro - die als traditionelle Hochburgen des PRE gelten - mit 60,1 und 59,9 % deutlich weniger waren. Auch in Guayas - der einzigen Provinz, in der die Stichwahl von 1996 zugunsten von *Nebot* ausgegangen war, lag der "Nein"-Stimmen-Anteil über dem landesweiten Durchschnitt (ca. 25 %). (Vgl. *El Comercio* v. 5.6.1997)

nahme der Amtsgeschäfte.⁹⁰ Dies läßt sich zum einen auf die anhaltende Wirkung der regionalistischen Rhetorik, zum anderen auf die schwerpunktmäßige Berücksichtigung von Guayas und insbesondere Guayaquil bei der Realisierung großer öffentlicher Infrastrukturprojekte in der Amtszeit von *Febres Cordero* zurückführen.⁹¹

Fazit

Auch wenn den Erklärungsmodellen jener Wissenschaftler, die aus der iberisch-katholischen korporatistisch-autoritären Tradition eine ungünstige Disposition der lateinamerikanischen Länder für demokratische Regierungssysteme westlichen Typs ableiten, eine gewisse Plausibilität kaum abgesprochen werden kann, ist wohl kaum zu bezweifeln, daß sich die Anerkennung und Wertschätzung von demokratischen Werten und Verfahren in der Bevölkerung in dem Maße steigern läßt, wie demokratische Mandatsträger ihre politische Integrität und wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit zu demonstrieren vermögen. Die Voraussetzungen dafür sind in Ecuador wegen der seit 1982 anhaltenden Wirtschaftskrise jedoch denkbar schlecht. Deren Bekämpfung wurde allerdings durch die oben aufgezeigten Funktionsdefizite des politischen Systems nachhaltig behindert. Diese haben auch einer möglichen Ausdünnung und Institutionalisierung des Parteiensystems entgegengewirkt. Während das zweiphasige Wahlverfahren zur Präsidentschaft schon für sich allein genommen zur Reproduktion des Vielparteiensystems beiträgt, wird dieser Negativeffekt durch die Kopplung der ersten Runde der Präsidentschaftswahl mit der Wahl zum Parlament noch verstärkt. Der dadurch bedingte schwache legislative Rückhalt der Regierung wird durch den zweijährigen Wahlrhythmus für die Provinzdeputierten und mithin für die große Mehrheit der Parlamentssitze regelmäßig noch weiter vermindert. Fehlende negative Sanktionen gegen das *camisetazo*-Phänomen verhindern eine stärkere Identifikation der politischen Funktionsträger mit ihrer Partei und wirken damit indirekt auch einer Institutionalisierung des Parteiensystems entgegen.⁹² Die Chance, eine der besonders nachteiligen

⁹⁰ Der PSC konnte die Zahl seiner Mandate von neun auf 14 erhöhen; hingegen büßten zwei der drei kleineren konservativen Bündnisparteien (PCE, PLR) jeweils die Hälfte ihrer Sitze ein, während der PNR seinen einzigen Sitz verlor.

⁹¹ Siehe *Hoffmann 1991: 49*.

⁹² So plädiert etwa *Oswaldo Hurtado* (1993: 67) in seinem Reformvorschlag dafür, daß Politiker, die ihre Partei verlassen haben, in der nächsten Wahl nicht kandidieren dürfen. *Cabezas* (1997: 294) schlägt vor, daß Abgeordneten, die aus ihrer Fraktion austreten, automatisch das

Bestimmungen des Wahlgesetzes - die parallel zur ersten Runde der Präsidentschaftswahl durchgeführte Wahl der Kongreßabgeordneten - zu reformieren, wurde im Plebiszit vom Mai 1997 (erneut) vertan.⁹³

Auf absehbare Zeit scheint das Land in einem krisenträchtigen Kreislauf zirkulärer Verursachung gefangen: Die gravierenden ökonomischen Probleme lassen eine Konsolidierung der demokratischen Ordnung und mithin die Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur nicht zu, während die Funktionsmängel des politischen Institutionengefüges in Verbindung mit den Charakteristika der gegebenen politischen Kultur kaum realisierbare Handlungsalternativen jenseits eines permanenten (wirtschafts-)politischen Krisenmanagements zu eröffnen vermögen.

Eine nur schwach entwickelte demokratische politische Kultur läßt sich auch unter günstigen sozioökonomischen Bedingungen nicht in kurzer Zeit stärken und konsolidieren. Kurzfristig veränderbar sind jedoch Gesetze und institutionelle Regelungen, deren negative Implikationen nicht nur in bedeutendem Maße zu einer Reproduktion des *multipartidismo* und damit zur Perpetuierung der gegebenen politischen Kultur und des vorherrschenden politischen Stils beitragen, sondern je länger sie beibehalten werden desto mehr zu einem Vertrauensverlust des demokratischen Regierungssystems führen.

Parlamentsmandat entzogen werden soll.

⁹³ Siehe El Comercio (Quito) v. 5.6.1997

LITERATUR:

- Acosta, Alberto 1991*: Democracia vs. política de ajuste; in: Menéndez-Carrión, Amparo et al.: Ecuador. La democracia esquivada. Quito, 31-91
- Blanksten, George I. 1951*: Ecuador: Constitutions and Caudillos. New York
- Burgwal, Gerrit 1995*: Struggle of the Poor: Neighborhood Organization and Clientelist Practice in a Quito Squatter Settlement. Amsterdam: CIEDLA
- Bustamante, Fernando 1996*: La cultura política y ciudadana en el Ecuador; in: CORDES 1996, 103-157
- Cabezas Castillo, Tito 1997*: Sistema electoral y sus consecuencias políticas: caso ecuatoriano; in: Carlota Jakisch (Comp.): Sistemas electorales y sus consecuencias políticas. Buenos Aires: CIEDLA, 211-295
- Colburn, Forrest 1996*: Armonización de reformas económicas con reformas políticas; in: CORDES 1996, 63-101
- Conaghan, Catherine M. 1987*: Party Politics and Democratization in Ecuador; in: James Malloy/Mitchell Seligson (Eds.): Authoritarians and Democrats: Regime Transition in Latin America. Pittsburgh, 145-163
- Conaghan, Catherine M. 1994*: Loose Parties, "Floating" Politicians and Institutional Stress: Presidentialism in Ecuador; in: Linz/Valenzuela 1994, 254-285
- Conaghan, Catherine M. 1995*: Politicians Against Parties: Discord and Disconnection in Ecuador's Party System; in: Mainwaring/Scully 1995, 434-458
- Coppedge, Michael 1996*: El concepto de gobernabilidad. Modelos positivos y negativos; in: CORDES 1996, 25-61
- CORDES (Ed.) 1996*: Ecuador: un problema de gobernabilidad. Quito
- Corporación de Estudios y Publicaciones 1996*: Leyes elecciones, partidos políticos y reglamentos. Quito
- de la Torre, Carlos 1997*: Populism and Democracy. Political Discourses and Cultures in Contemporary Ecuador; in: Latin American Perspectives 24, 3, 12-24
- Hanson, David P. 1971*: Political Decision-Making in Ecuador: The Influence of Business Groups. Gainesville

Hoffmann, Karl-Dieter 1985: Militärherrschaft und Entwicklung in Lateinamerika. Der Fall Ecuador unter besonderer Berücksichtigung des Militärregimes 1972-1979. Saarbrücken

Hoffmann, Karl-Dieter 1991: Ecuador 17. Juni 1990: Halbzeitwahlen in einer fragilen Demokratie; in: Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 8,18, 39-63

Hoffmann, Karl-Dieter 1995a: Ecuador; in: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2: Südamerika. Bonn: Dietz, 339-382

Hoffmann, Karl-Dieter 1995b: Halbzeit für Präsident Sixto Durán. Die Teilwahlen zum Kongreß am 1. Mai 1994; in: Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 12, 28, 52-65

Huntington, Samuel P. 1968: Political Order in Changing Societies. New Haven/London

Hurtado, Osvaldo 1990: Política democrática. Tomo I: Los últimos veinte y cinco años. Quito

Hurtado, Osvaldo 1993: Gobernabilidad y reforma constitucional. Quito

Hurtado, Osvaldo 1994: Cultura Política; in: ILDIS (Ed.): Léxico político ecuatoriano. Quito, 107-111

IRELA 1997: Constitutional Crisis in Ecuador: Lessons and Implications. Madrid

Isaacs, Anita 1996: Ecuador: Democracy Standing the Test of Time?; in: Jorge I. Domínguez/Abraham F. Lowenthal (Eds.): Constructing Governance: Latin America and the Caribbean in the 1990s. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 42-57

Jones, Mark P. 1996: Electoral Laws and the Survival of presidential Democracies. Notre Dame, IN: University of Notre Dame Press

Krumwiede, Heinrich-W. 1997: Funktionen und Kompetenzen der Parlamente in den Präsidialdemokratien Lateinamerikas. Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik (Arbeitspapier 3014)

Larrea, Carlos 1997: Équateur: la politique socio-économique du gouvernement d' Abdalá Bucaram; in: Problèmes d'Amérique latine N. 26, 19-29

León, Jorge T. 1997: Les mésaventures du populisme en Équateur, 1996-1997; in: Problèmes d'Amérique latine N. 26, 3-18

- León Velasco, Juan Bernardo 1993:* Geografía electoral de la D.P. Quito (FESO)
- León Velasco, Juan Bernardo 1996:* Geografía electoral del Ecuador: de 1992 á 1996. Quito (FESO)
- Linz, Juan J. 1994:* Presidential or Parliamentary Democracy: Does It Make a Difference?; in: ders./Arturo Valenzuela (Eds.), 3-72
- Linz, Juan J./Valenzuela, Arturo (Eds.) 1994:* The Failure of Presidential Democracy. Vol 2: The Case of Latin America. Baltimore/London 1994
- Mainwaring, Scott/Scully, Timothy (Eds.) 1995:* Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America. Stanford/Cal.: Stanford University Press
- Mainwaring, Scott/Scully, Timothy 1995a:* Introduction: Party Systems in Latin America; in: dies., 1-34
- Mainwaring, Scott/Scully, Timothy 1995b:* Conclusion: Parties and Democracy in Latin America - Different Patterns, Common Challenges; in: dies. 1995, 459-474
- Martz, John D. 1983:* Populist Leadership and the Party Caudillo: Ecuador and the CFP, 1962-81; in: Studies in Comparative International Development, 18, 22-49
- Mejía Acosta, Juan A. 1996:* ? Una democracia ingobernable ? Arreglos constitucionales, partidos políticos y elecciones en Ecuador, 1979-1996. México D.F.
- Menéndez-Carrión, Amparo 1991:* Región y elecciones en el Ecuador: 1952-1988. Elementos par a un debate; in: Rafael Quintero /Ed.): La cuestión regional y el poder. Quito, 247-298
- Mills, Nick D. 1984:* Crisis, conflicto y consenso: Ecuador 1979-1984. Quito
- Nearete, Alfredo 1994:* El populismo: un proyecto histórico permanente de Guayaquil; in: CORDES (Ed.): Guayaquil, realidades y desafíos. Quito
- Nohlen, Dieter 1995:* Elecciones y sistemas electorales. Caracas: Nueva Sociedad
- Pachano, Simón 1991:* Los diputados. Una élite política. Quito
- Pachano, Simón 1996:* Democracia sin sociedad. Quito
- Przeworski, Adam et al. 1996:* What Makes Democracies Endure?; in: Journal of Democracy 7, 1, 39-55

Ramos, Carlos 1984: Análisis del proceso electoral; in: Humanismo. Revista Trimestral de la FESO (Quito), No. 3, 23-41

Saint-Geours, Yves 1988: L'Equateur de León Febres Cordero á Rodrigo Borja (1984-1988); in: Problèmes d'Amérique Latine, N. 89, 3-28

Schuldt, Jürgen 1994: Elecciones y política económica en el Ecuador 1983-1994. Quito

Silverston, Melina 1997: The Unraveling of a Presidency; in: NACLA Report on the Americas Vol. XXX, No. 6, 11-12

Shugart, Matthew/Carey, John J. 1992: Presidents and Assemblies. Constitutional Design and Electoral Dynamics. Cambridge/New York

Thibaut, Bernhard 1992: Präsidialismus, Parlamentarismus und das Problem der Konsolidierung der Demokratie in Lateinamerika; in: Iberoamerikanisches Archiv 18, 1-2, 107-150

Thibaut, Bernhard/Skach, Cindy 1994: Parlamentarische oder präsidentielle Demokratie? Zum theoretischen Grenznutzen einer institutionellen Dichotomie in der Regierungslehre. (Universität) Heidelberg (Institut für Politische Wissenschaft/Lateinamerikaforschung, Arbeitspapier Nr. 16)

Villavicencio, Gaitán 1990: Diferencias regionales y evolución político-electoral en el Ecuador: aproximación comparativa, 1978-1989; in: Tribunal Supremo Electoral/Corporación Editora Nacional (Eds.): Elecciones y democracia en el Ecuador. Tomo 4: Análisis de los procesos electorales. Quito, 99-107

World Bank 1991: Ecuador. Public Sector Reforms for Growth in the Era of Declining Oil Output. Washington D.C.

Anhang:

Beispiele zum Berechnungsmodus für die Vergabe der Mandate für Provinzdeputierte:

Beispiel 1:

ADJUDICACION DE PUESTOS SEGUN LOS RESULTADOS ELECTORALES
PARA CINCO REPRESENTANTES

No. de Lista	VOTACION	No. de Lista	Ingresan al cociente Distribuidor
A	7.664	A	7.664
B	2.087	E	5.390
C	1.657	L	12.882
D	---		
E	5.390		
F	1.837		
G	1.439	SUMAN:	25.936
H	---		
I	---		
J	---		
K	770		
L	12.882		
M	---		
N	1.053		
Ñ	1.753		
SUMAN:	36.537		

Primer cociente eliminador			
$\frac{36.537}{5} = 7.307$			
Votos válidos:			
$\frac{7.307}{2} = 3.653$			
50% del cociente:			

CUOCIENTE DISTRIBUIDOR

TOTAL DE VOTOS: $\frac{25.936}{5} = 5.187$

ADJUDICACION DE PUESTOS

No. de Lista	VOTACION	Cuociente Distribuidor	Puestos por cociente	Residuo	Puestos por residuo	Total de Puestos
L	12.882	5.187	2	2.508	1	3
A	7.664	5.187	1	2.477	—	1
E	5.390	5.187	1	203	—	1
TOTAL:						5

(Quelle: Reglamento a la ley de elecciones 1996, 85)

Beispiel 2:

(Das Beispiel zeigt, daß eine Partei, auf die nur rd. ein Drittel der gültigen Stimmen entfällt, drei der fünf zu vergebenden Mandate erringen kann)

**ADJUDICACION DE PUESTOS SEGUN LOS RESULTADOS ELECTORALES
PARA CINCO REPRESENTANTES**

No. de Lista	VOTACION	No. de Lista	Ingresan al cociente Distribuidor	
A	7.664	A	7.664	<u>Primer cociente eliminador</u> Votos válidos: $\frac{36.537}{5} = 7.307$
B	2.087	E	5.090	
C	1.957	L	12.882	
D	---			
E	5.090			50 % del cociente: $\frac{7.307}{2} = 3.653$
F	1.837			
G	1.439	SUMAN:	25.636	
H	---			
I	---			
J	---			
K	770			<u>CUOCIENTE DISTRIBUIDOR</u>
L	12.882			TOTAL DE VOTOS: $\frac{25.636}{5} = 5.127$
M	---			
N	1.058			
Ñ	1.753			ADJUDICACION DE PUESTOS
SUMAN:	36.537			

No. de Lista	VOTACION	Cuociente Distribuidor	Puestos por cociente	Residuo	Puestos por residuo	Total de Puestos
L	12.882	5.127	2	2.628	1	3
A	7.664	5.127	1	2.537	—	1
E	5.090	---	—	5.090	1	1
TOTAL:						5

(Quelle: Reglamento a la ley de elecciones 1996, 87)

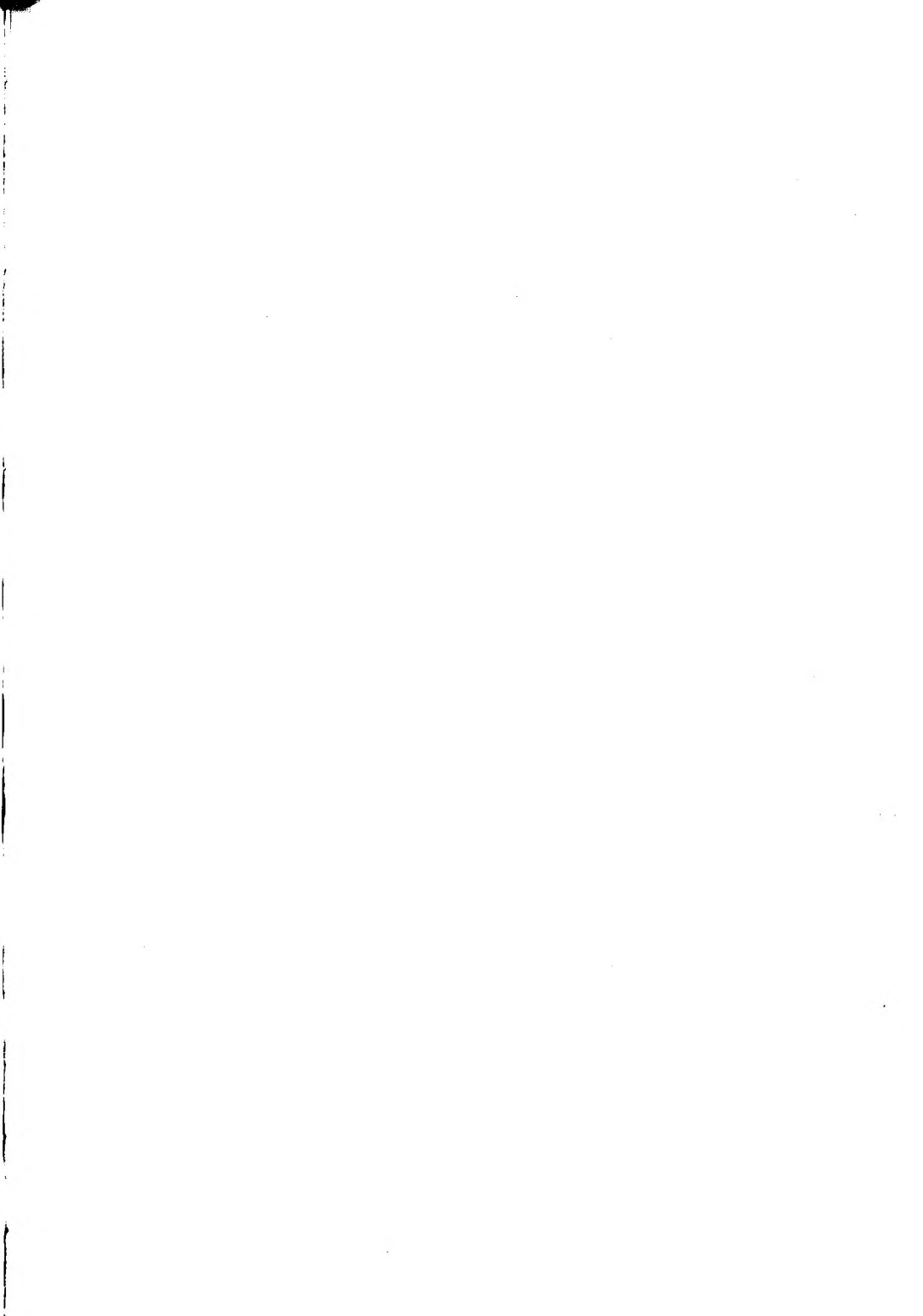
MESA REDONDA

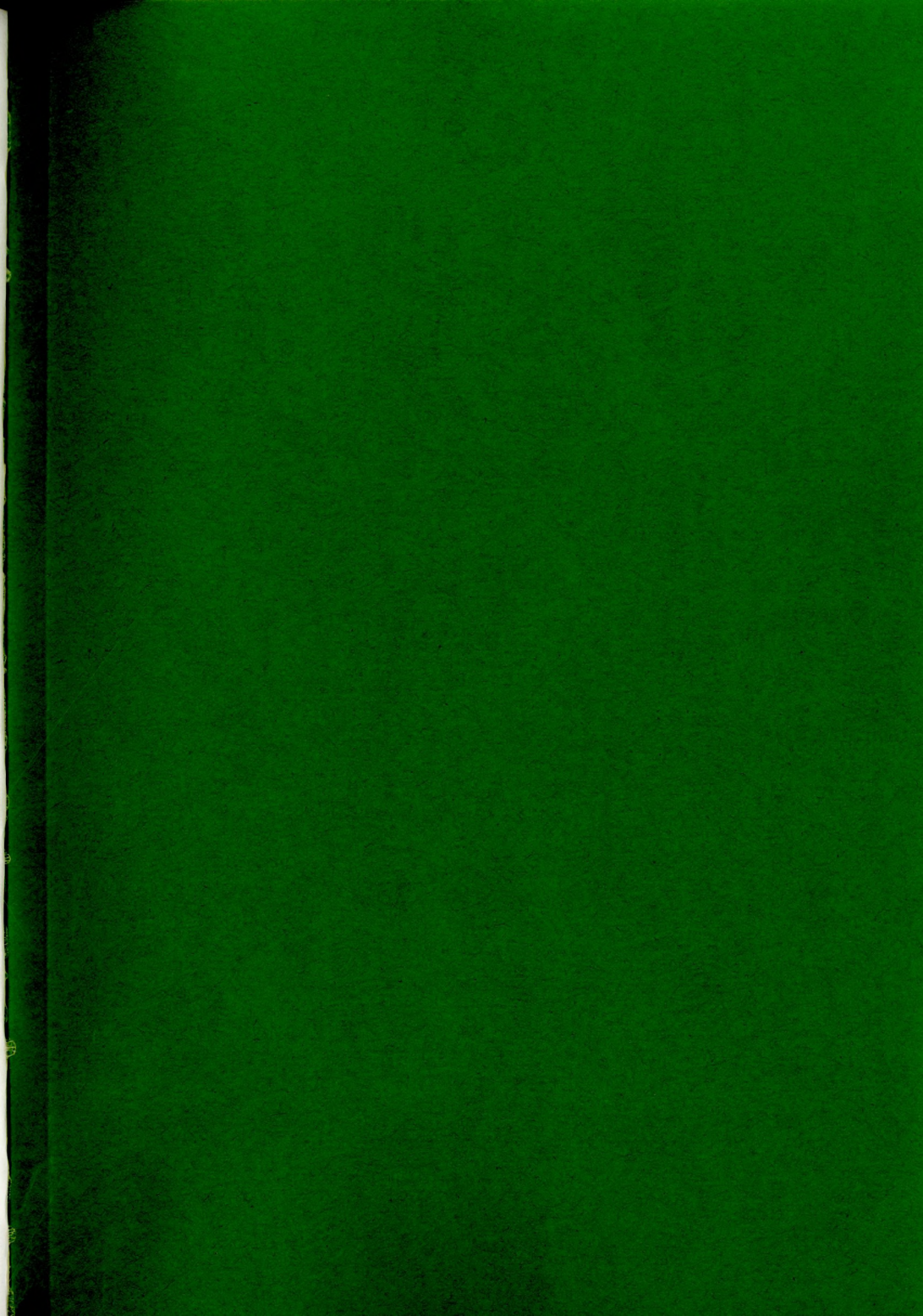
Neue Folge/Nueva Serie:

1. GINER, Salvador
La Modernización de la Europa Meridional. Una Interpretación Sociológica (März 1995)
2. HOFFMANN, Karl-Dieter
Ökonomischer Fortschritt und soziale Marginalisierung: Die historische Genese des brasilianischen Wachstums- und Entwicklungsmodells. eine Skizze (November 1995)
3. KOHUT, Karl/MERTINS, Günter
Cuba en 1995. Un diálogo entre investigadores alemanes y cubanos (November 1995)
4. LEWIS, Colin M.
the Argentine: from economic growth to economic retardation (1850s-1980s). A review of the economic and social history literature (September 1996)
5. ESSER, Klaus
¿Son competitivos los países latinoamericanos en el mercado mundial? Crecientes desafíos, difíciles respuestas (November 1996)
6. GOETZE, Dieter
Cambios actuales en las relaciones de género en España (Dezember 1996)
7. PRIES, Ludger/REICHEL, Richard/ZOLLER, Rüdiger
Lateinamerikas wirtschaftliche Öffnung. Versuche einer Zwischenbilanz (Februar 1997)
8. BODENMÜLLER, Thomas
El mundo del hampa a través de Quevedo: Análisis de la jácara "Estábase el padre Ezquerria" (Oktober 1997)
9. BERNECKER, Walther L.
De la Guerra Civil a la Transición: memoria histórica, cambio de valores y conciencia colectiva (Oktober 1997)

10. HOFFMANN, Karl-Dieter
"Pugna de poderes" und "ingobernabilidad": Ecuadors politisches Institutionengefüge im Dauerstreß (Februar 1998)

11. KOHUT, Karl (ed.)
La recepción de la cultura alemana en América Latina. Cinco visiones (Februar 1998)





... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...

... (text continues) ...